Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl, monatl. 4,80 zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zl, monatl. 5,39 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl, Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postscheckkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 239 A — **Bromberg, Dienstag den 18. Oktober 1932.** — **56. Jahrg.**

Der Kampf geht weiter . . .

Gegen die „Anti-Minderheitenfront"

Von Dr. Ewald Ammende,
Generalsekretär der Europäischen Nationalitäten-Kongresse.

Es hat soeben in Genf eine auf die Initiative Deutschlands zurückgehende Auseinandersetzung über die Minderheiten-Politik des Völkerbundes stattgefunden. Bezüglich des Ergebnisses dieser Aussprache läßt sich noch nicht sagen, ob es als völlig negativ oder aber als Beginn einer entscheidenden Diskussion im Völkerbunde über die Garantie des Minderheitenrechtes anzusehen ist. Daher beanspruchen die letzten Vorgänge in der 6. Kommission der Völkerbund-Versammlung ein besonderes Interesse. Wir erwähnen diese in folgendem nur insoweit, als sie in der künftigen Entwicklung von Bedeutung sind oder durch die bisherigen Presseberichte nicht bekannt wurden.

Die deutschen Anregungen bezüglich des Völkerbund-Verfahrens in den Minderheitenfragen wurden bekanntlich dargelegt von dem ehemaligen Außenminister von Rosenberg, einem Diplomaten, der an einer Völkerbund-Diskussion zum ersten Mal teilnahm und daher nicht die Erfahrung der gegnerischen Seite besaß. Es ist gerechterweise festzustellen, daß Herr von Rosenberg sein Möglichstes tat, um seine Aufgabe bestens zu erfüllen. Er formulierte, ohne allerdings auf die ganze Tragweite der Ungelöstheit des Nationalitätenpoblems einzugehen, eine Reihe von Anregungen bezüglich einer Verbesserung des Völkerbund-Verfahrens in Minderheitenfragen, insbesondere betreffend Beschleunigung desselben, Herstellung völliger Öffentlichkeit, Berücksichtigung des Grundsatzes: audiatur et altera pars usw., um schließlich den alten Vorschlag von Dr. Stresemann auf eine Entpolitisierung des Völkerbund-Verfahrens in den Minderheitenfragen durch die Errichtung einer permanenten Sachverständigen-Kommission — an Stelle der ad hoc gebildeten Dreier-Komitees — in den Vordergrund zu rücken. Es ist zu begrüßen, daß hierbei auch klar zum Ausdruck gelangte, nach welchem Grundsatze man deutscherseits die Zusammensetzung der Kommission geregelt sehen will, nämlich nach dem Grundsatze, daß dieses Sachverständigen-Gremium vorzugsweise aus Angehörigen der an dem Problem nicht beteiligten Staaten bestehen solle.

Dem Vertreter Deutschlands erwiderte sogleich der Vertreter Jugoslawiens, Herr Fotic, seitens der bereits seit einigen Jahren bestehenden „Anti-Minderheitenfront", d. h. im Namen von Jugslawien, Rumänien, der Tschechoslowakei, Polen und Griechenland, daß diese Staaten grundsätzlich nicht zulassen würden, daß die 6. Kommission der Völkerbund-Versammlung irgendwelche Anregungen annähme, die sich auf das bestehende Völkerbund-Verfahren beziehen, falls solche Vorschläge nur die an die Verträge gebundenen Staaten und nicht alle übrigen Mitglieder des Völkerbundes betreffen; denn zuständig hierfür sei nicht die Vollversammlung des Völkerbundes oder irgendeine ihrer Kommissionen, sondern nur der Völkerbundrat. Mit diesem Vorgehen hatten die fünf eben erwähnten Staaten sich insofern isoliert, als trotz ihrer Erklärung und ganz abgesehen von den deutschen Anregungen, solche noch von anderer Seite erfolgten. Die Vertreter der anderen, in die Diskussion eingreifenden Staaten, setzten sich somit über die von den Sprechern der „Anti-Minderheitenfront" erhobenen Einwände einfach hinweg. In dieser Beziehung war die Anregung, die der Delegierte Norwegens Andword vorbrachte, von besonderem Interesse. Auch er verlangte die Öffentlichkeit im Völkerbund-Verfahren bezüglich der Minderheiten-Petitionen, wobei er die Feststellung traf, daß die Veröffentlichung der Entscheidungen und Unterlagen der Dreier-Komitees, die bekanntlich für die Behandlung einer jeden Minderheiten-Petition von dem Völkerbundrate eingesetzt werden, meist nur darum unterbleibe, weil die beklagten interessierten Staaten, falls die Veröffentlichung sich gegen sie richte, von ihrem Veto-Recht Gebrauch machten. Der norwegische Vertreter forderte, daß die Urheber und die Zahl dieser Vetos von dem Völkerbund-Sekretariate künftig bekanntgegeben werden sollten. Um die Tragweite dieses Vorschlages zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß solche Vetos meist von denjenigen Staaten eingelegt werden, die sich bezüglich der Minderheiten-Beschwerden dauernd vor dem Völkerbundrat zu verantworten haben. Der norwegische Vorschlag, die Namen der durch ihren Veto-Einspruch die Publizität verhindernden Staaten gewissermaßen zu „plakatieren", würde daher von größtem praktischen Nutzen sein. Es ist somit nicht erstaunlich, daß die Anregung des Vertreters von Norwegen, der sich in der Folge die Vertreter von Dänemark, Holland, der Schweiz, England, ja selbst Frankreich, anschlossen, Unwillen bei den interessierten Staaten hervorrief. Herr Zaleski bemerkte recht barsch, daß Herr Andword seinen Vorschlag nicht hier vor der 6. Kommission der Vollversammlung, sondern vor dem Völkerbundrat selbst hätte vorbringen sollen.

Dank dem Vorschlage Norwegens und dessen Annahme noch durch eine Reihe von anderen Staaten, wie Schweden, Österreich, Ungarn, Bulgarien, wurde mit einem Schlage **eine ganz neue Situation geschaffen.** Nicht nur, daß eine von vielen befürchtete Isolierung Deutschlands im Kampfe um eine Verbesserung des Völkerbundverfahrens somit nicht vorlag, sondern es bestanden nunmehr auch präzise Anregungen von neutraler Seite bezüglich einer Änderung des gegenwärtigen Zustandes. Es ist begreiflich, daß die Vertreter der „Anti-Minderheitenfront" nochmals antraten. So wieder Herr Zaleski, der insbesondere mit dem alten Argument einer Generalisierung des Minderheitenschutzes für alle zu dem Völkerbund gehörenden Staaten operierte. Im Tone anders als der polnische Außenminister, äußerte sich der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch. In den weit unter dem Durchschnitt seiner früheren Reden stehenden Ausführungen beteuerte er immer wieder, daß er aufrichtig für eine „Politik der Offenheit, Freundschaft und Konziliianz" eintrete, eine Politik, die in seinem Lande bereits große Ergebnisse hinsichtlich eines nationalen Ausgleiches gezeitigt habe. (Dies erklärt Herr Benesch ausgerechnet in dem Augenblick, da die gesamte sudetendeutsche Öffentlichkeit wegen des in Brünn gefällten Schuldspruches im „Volkssport"-Prozeß in die höchste Erregung versetzt ist!) Es war sehr interessant zu sehen, in welcher Weise der Vertreter von Frankreich, Herr Berenger, den Standpunkt Polens stützte. Er beschloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß Katharina II. von Rußland seinerzeit gerade aus Gründen des Minderheitenschutzes gegen den Polnischen Staat vorgegangen wäre; dieses Vorgehen hätte dann zu der Teilung Polens geführt. Die Ansicht des Herrn Berenger geht mit anderen Worten dahin, daß die armen Staaten heute noch vor den „Minderheiten" und ihren Protektoren zu schützen seien. Diese Art der Behandlung des Gegenstandes löste bei zahlreichen Anwesenden eine offensichtliche Mißstimmung aus, und die Antwort des Gesandten von Rosenberg, der zum Schluß erneut das Wort ergriff, **erschien vielen nicht durchgreifend genug.** Da Herr von Rosenberg seine Anregungen nicht zu formellen Anträgen erhob und dieses auch nicht von anderer Seite geschah, so endete die Auseinandersetzung ohne die Annahme einer Entschließung, so daß, dem Genfer Brauche entsprechend, jetzt als Ergebnis nur ein Schlußbericht des Referenten — eine Zusammenfassung der während der Diskussion geäußerten Argumente — besteht.

Darf man die Vorgänge in der 4. Kommission der Völkerbundversammlung als eine Art „Hornberger Schießen" bezeichnen? Wenn diese Auseinandersetzung tatsächlich zu nichts weiterem als zu einer Protokollierung der verschiedenen vorgetragenen Argumente durch den Berichterstatter führen sollte, so wäre gewiß nicht ein Fortschritt, sondern ein bedeutsamer Rückschritt in Hinsicht auf frühere Maßnahmen der 6. Kommission der Völkerbundversammlung zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist aber keineswegs notwendig. Ganz im Gegenteil! Die Auseinandersetzung hat den Beweis klar erbracht, daß Deutschland im Kampfe um das Minderheitenrecht, um eine Verbesserung des Völkerbundverfahrens bei Minderheitenbeschwerden, jetzt keineswegs isoliert dasteht. Es steht gegenwärtig eine große Gruppe von Staaten der „Anti-Minderheitenfront" gegenüber. Zu ihnen gehören auch solche Staaten, die aus verschiedenen Gründen dieses Mal nicht zu Worte kamen, wie Spanien, Schweden, Irland usw. Es liegen somit jetzt, ganz unabhängig von den deutschen Vorschlägen, Anregungen — so vor allem von seiten Norwegens — vor, denen sich, wie erwähnt, eine große Anzahl von Staaten angeschlossen hat. Herr Zaleski hat Norwegen selbst den Rat erteilt, seinen Vorschlag unmittelbar vor den Völkerbundrat zu bringen. Uns will scheinen, daß dieser Rat des polnischen Außenministers jetzt erfüllt werden müßte. In der Tat, nachdem während der Auseinandersetzung in der 6. Kommission auch nicht zum Völkerbundrate gehörende

Einigung über das Völkerbund-Sekretariat.

Der deutsche Standpunkt angenommen.

Am Sonnabend abend ist endlich nach ungewöhnlich schwierigen Verhandlungen der Streit um die Reorganisation der obersten Behörde des Völkerbundes, des Generalsekretariats, beendet worden. **Der deutsche Antrag daß sich nicht mehr als zwei Angehörige desselben Staates in den leitenden Posten befinden dürfen, fand Annahme.** Daraufhin ist der Völkerbundrat, wie schon kurz gemeldet, zu einer streng geheimen Nachtsitzung zusammenberufen worden, die sich provisorisch auf die Wahl des Franzosen Josef Avenol zum Nachfolger Sir Eric Drummonds einigte. Die endgültige Wahl, an der kaum noch zu zweifeln ist, kann aus formellen Gründen erst am heutigen Montag nach Annahme des neuen Budgets des Völkerbundes erfolgen.

Nach Annahme des Berichts über die Neuordnung des Generalsekretariats gab Sir Eric Drummond eine Erklärung ab, die auf eine Einigung in dem Unterkomitee der Kommission zurückgeht und die Stellungnahme der Deutschen Regierung zur Wahl Avenols erleichtert. Obwohl die Reichsregierung von Anfang an erklärt hat, daß sie bei ihren Reformwünschen von sachlichen, nicht von personellen Erwägungen ausging, mußte sie sich Klarheit darüber verschaffen, welche Stellung dem neuen deutschen Untergeneralsekretär eingeräumt werden sollte. Hierzu erklärte Sir Eric, daß der deutsche Kandidat, wenn eine geeignete Persönlichkeit präsentiert werden könne, die Leitung der Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkerbundsekretariats übernehmen würde. Genannt für diesen wichtigen Posten wird hier Staatssekretär Dr. Trendelenburg. Außerdem werden England und Japan je einen Untergeneralsekretär stellen. Erster stellv. Generalsekretär wird voraussichtlich der Norweger Hanbron und zweiter stellv. Generalsekretär der italienische Gesandte Auriti werden.

Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes gewählt.

Genf, 17. Oktober. (PAT.) Der Völkerbundrat hat am Sonnabend abend eine geheime Sitzung abgehalten, in welcher der bisherige Stellvertreter des Generalsekretärs des Völkerbundes, Josef Avenol, an Stelle des zurückgetretenen Sir Erik Drummond zum Generalsekretär des Völkerbundes gewählt wurde. Diese Ernennung muß noch durch die Völkerbundversammlung bestätigt werden, die am heutigen Montag zu einer Sitzung zusammentritt.

Rosting vorläufig ernannt.

In der Sonnabendsitzung des Völkerbundrats wurde der Danziger Referent des Völkerbundsekretariats, der Däne Helmer Rosting, auf gemeinsamen polnischen und Danziger Vorschlag vorläufig zum Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig als Nachfolger des Grafen Gravina ernannt.

*

Der vorläufige Hohe Kommissar besitzt sämtliche dem Hohen Völkerbund-Kommissar verliehenen Rechte und Befugnisse. Die Ernennung erfolgte unter denselben Bedingungen wie die Ernennung des verstorbenen Grafen Gravina. Das Gehalt wird jedoch unter Berücksichtigung der Wirtschaftskrise um 10 Prozent gekürzt.

Staaten die Möglichkeit zu einer Stellung nahme in dieser Frage hatten, und nachdem solche Stellungnahme in vielfacher Hinsicht einen positiven Charakter aufwies, dürfte es nunmehr unerläßlich sein, den Völkerbundrat mit der Frage einer Verbesserung seiner Tätigkeit auf dem Gebiete der Minderheitenfrage, im Zusammenhange mit den in der 6. Kommission erfolgten Vorschlägen, zu befassen. Man könnte einwenden, daß ja diesbezügliche Anträge mit den Stimmen der Gegner des Minderheitenrechtes in jedem Fall abgelehnt würden. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Selbst eine Ablehnung der Vorschläge zu einer Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes käme einem Fortschritt gleich, denn es würde die Klärung erfolgen, welche Staaten es sind, die eine Verbesserung verhindern wollen. Es wäre damit auch erzielt, daß diejenigen Staaten, welche heute auf eine Verwirklichung der Völkerbundgarantie im Minderheitenschutz drängen, für ein Fortbestehen des gegenwärtigen Unrechts nicht mehr verantwortlich gemacht werden könnten. Sie hätten dann aber auch die Möglichkeit, die entsprechenden Konsequenzen aus einem solchen Zustande im Völkerbundrat zu ziehen.

Es sei in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen, daß Mitglieder des Präsidiums der Europäischen Nationalitätenkongresse einen Besuch dem stellvertretenden Vorsitzenden des Völkerbundrates, dem Vertreter Irlands, abgestattet haben, dem gegenüber sie bei Darlegung der gegenwärtigen Lage nachdrücklichst betonten, daß eine Verbesserung des Völkerbundverfahrens bei Minderheitenbeschwerden unaufschiebbar geworden sei. Letzterer sprach diesen Vertretern seine Sympathie aus und versprach, ihre Vorschläge zu prüfen. — Die Nationalitäten Europas erwarten, daß alle rechtlich denkenden Elemente sie in ihrem schweren Kampfe um ihre Rechte stützen, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch. Sie richten einen Appell an die Mitglieder der höchsten politischen Instanz, sie möchten — im Interesse der europäischen Allgemeinheit — ihre Pflicht tun.

Was Massigli zu erwähnen vergaß.

Die Phantasien über die Reichswehr.

Der Führer der deutschen Abordnung in Genf, Gesandter von Rosenberg, empfing am Sonnabend abend die internationale Presse, um die Ausführungen des französischen Vertreters Massigli im Effektivausschuß der Abrüstungskommission über die Organisation der deutschen Schupo zu besprechen.

von Rosenberg wies darauf hin, daß die gesamte Organisation und Bewaffnung der Polizei in jahrelangen Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz und der Interalliierten Militärkontroll-Kommission festgelegt worden sei. Diese Kommission habe der Schupo auch Maschinengewehre und geschützte Automobile zugestanden, bei denen es sich keineswegs um kriegsmäßig verwendbare Tanks handle. Die Ausbildungsvorschriften der deutschen Polizei, die 17 Ländern unterstehe, würden keineswegs geheimgehalten, sondern seien im Buchhandel erhältlich. Eigenartig sei es, daß Massigli die Polizeischüler als militärische Organisation bezeichne, obwohl die französische Vertretung auf der Abrüstungskonferenz den Standpunkt eingenommen habe, die Rekruten des französischen Heeres, die doch zweifellos eine rein militärische Ausbildung genössen, könnten nicht als militärisch verwendbar angesehen werden. Die Übungen, die Massigli als Manöver hinstellen wolle, seien notwendig, weil die deutsche Polizei im Laufe der letzten zwölf Jahre wiederholt bei Unruheversuchen geschlossen Einsatz hätte finden und deshalb für Polizeiaktionen größeren Stils hätte ausgebildet werden müssen.

Die von Massigli erwähnten zusammenlegbaren Kautschukboote besitze die Polizei im Einverständnis mit der Interalliierten Kontrollkommission. In seiner Berufung auf deutsche Presseäußerungen sei Massigli ein Opfer der Romantik der Lokalberichterstatter geworden und habe eine Fülle anderer deutscher Pressestimmen übersehen, in denen lebhaft Klage geführt werde über die ungenügende Ausbildung der Polizei für den Fall größerer Unruhen. Wie wenig zuverlässig die Quellen seien, auf die sich Massigli stütze, gehe schon daraus hervor, daß er von einer Übung der badischen Polizei in einer Stärke von 2000 Mann spreche. Die gesamte badische Polizeibereitschaft, von der nur ein Teil an einer derartigen Übung teilnehmen könne, zähle jedoch lediglich 1700 Beamte. Die Polizei sei das einzige Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung in einem entmilitarisierten Gebiet, das etwa ein Sechstel des gesamten deutschen Reichsgebiets ausmache.

von Rosenberg schloß seine Erklärungen mit den Worten:

Seit der Sommerpause der Abrüstungskonferenz ist offenbar das Ziel und die Aufgabe dieser Konferenz in Vergessenheit geraten. Es handelt sich nicht um die Zahl der Beamten der deutschen Polizei und nicht um die Ausbildungsvorschriften für die Polizei von Anhalt und Lübeck, sondern um die Abrüstung von Millionenheeren und die Fredenssicherung durch Beseitigung der gewaltigsten Wehrsysteme und riesigsten modernen Kriegsmittel, die die Welt je gesehen hat.

Auf der Suche nach dem Konferenzort.

London, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, daß die Englische Regierung sich noch einmal über die Haltung Deutschlands erkundigt und hierbei die Bestätigung erhalten habe, daß Berlin keinesfalls Genf als Tagungsort für die Vier-Mächte-Konferenz akzeptieren könne. Da Frankreich sich dem einen Ausweg, nämlich einer vorläufigen Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungsforderung durch die alliierten und assoziierten Mächte, widersetzen werde, so bleibe nur übrig, zu versuchen, die Konferenz in Lausanne zustande zu bringen. Es sei möglich, daß Macdonald sich im Hinblick auf die unsichere Lage noch entschließen könnte, die deutschen Minister nach London einzuladen. Die englisch-französischen Besprechungen in London hätten zwar ihren eigentlichen Zweck nicht erreicht, wohl aber hätten sie die Atmosphäre zwischen London und Paris erheblich verbessert. Es bestehe Aussicht auf einen weiteren Meinungsaustausch zwischen den beiden Regierungen über die größeren Fragen der Abrüstung und Sicherheit. **Der Berliner Korrespondent der „Times" glaubt zu wissen, daß** die Deutsche Regierung mit der Zulassung der kleineren Mächte, Polen, Belgien, der Tschechoslowakei, einverstanden sei, falls ein anderer Tagungsort als Genf gefunden werde.

Herriot will nach Spanien reisen.

London, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" macht auf die diplomatischen Hintergründe der Reise des französischen Ministerpräsiderten Herriot nach Spanien, die Ende Oktober stattfindet, aufmerksam. Herriots Absicht sei in erster Linie die Bildung einer neuen und wirklichen Entente zwischen Frankreich und Spanien. Hierbei habe er natürlich nicht nur den wichtigen Einfluß einer solchen französisch-spanischen Entente auf die marokkanische Frage, sondern auch auf Frankreichs Stellung in Genf und die französische Machtentwicklung im Mittelmeer im Auge. **Man könne damit rechnen, daß Spanien einer der hauptsächlichsten Unterstützer des Herriotschen Abrüstungsplanes in Genf sein werde.** In diesem Zusammenhange sei es nicht ohne Bedeutng, daß Frankreich augenblicklich

Spanien als das geeignetste Land für die Unterbringung des vorgeschlagenen internationalen Völkerbund-Depots von schweren Waffen

vorgeschlagen habe. Denn in Spanien würde ein solches Depot in jedem Falle außerhalb der Reichweite Deutschlands liegen.

Das Ergebnis der französischen Senatswahlen.

Paris, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die französischen Senatswahlen haben entgegen den Erwartungen keine bedeutende Änderung in der Zusammensetzung des Hauses gebracht. Es ist lediglich eine unwesentliche Verschiebung nach links eingetreten, die sich in dem Verlust der Rechten von 7 Stimmen zugunsten der Gemäßigten und der Radikal-Sozialisten auswirkt. Die bisherige Regierungspartei gewann vier Sitze, während die Sozialisten einen Sitz verloren. 35 Senatoren wurden zum ersten Male gewählt und 18 Senatoren, die bereits dem **Senat angehört haben, und ihre Kandidatur aufgestellt** hatten, wurden geschlagen. Unter ihnen befinden sich jedoch keine besonders markanten Persönlichkeiten.

Unter den Neugewählten befinden sich der bisherige General-Gouverneur von Marokko und der Sohn des ehemaligen Staatspräsidenten André Fallières.

Die Grundzüge der deutschen Verfassungsreform.

Reichspräsident zugleich preußischer Staatspräsident.

Wie schon berichtet, ist das Reichsministerium des Innern mit der Herstellung eines Entwurfs der Verfassungsreform beauftragt worden. Was zunächst die Stellung des Reichspräsidenten betrifft, so soll dieser gleichzeitig **preußischer Staatspräsident** werden und die Befugnis erhalten, als solcher den preußischen Ministerpräsidenten und die preußischen Minister zu ernennen. Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident würden durch Ernennung in Personalunion vereinigt. Dasselbe würde für die übrigen Minister des Reiches und Preußens gelten. Lediglich zwei preußische Ministerien sollen verfassungsgemäß als selbständig bestehen bleiben: Das Innenministerium und das Finanzministerium.

Eine weitere Verfassungsänderung würde dann nur noch den Preußischen Landtag betreffen, der nicht mehr die Möglichkeit hätte, den preußischen Ministerpräsidenten zu wählen. Er soll jedoch das Recht erhalten, einmal zu Beginn der Legislaturperiode zu der vom Staatspräsidenten bzw. Reichspräsidenten ernannten Regierung Stellung zu nehmen. Erteilt der Landtag der Regierung kein Mißtrauensvotum, so bliebe diese damit für eine Legislaturperiode im Amt, vorausgesetzt, daß ihr der Reichstag in ihrer Eigenschaft als Reichsregierung das Vertrauen nicht entzöge und dann der Reichspräsident neue Entschlüsse zu fassen hätte.

Die Reichsregierung ihrerseits soll von den allzu unsicheren Einflüssen der Partei- bzw. Zufallsmehrheiten unabhängig gemacht werden. Diesem Ziel dient zunächst die Schaffung einer

Ersten Kammer neben dem Reichstag.

Beschlüsse sind nur rechtsverbindlich, wenn sie in beiden Häusern mit den Stimmen der Mehrzahl der gesetzlichen (also nicht der anwesenden) Mitglieder gefaßt sind. Um die Ablehnung eines Reichstagsbeschlusses durch die Erste Kammer unwirksam zu machen, ist eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags notwendig. Der Sturz der Reichsregierung oder einzelner Minister wäre an die gleichen Voraussetzungen gebunden.

Alle diese das Verhältnis der Reichsregierung zum Parlament betreffenden Neuerungen würden natürlich gleichfalls Verfassungsänderungen bedeuten.

Die Erste Kammer soll aus dem Reichsrat gebildet werden. Zu den bisherigen Reichsratsmitgliedern, die von den Ländern ernannt werden und etwa ein Drittel der neuen Kammer ausmachen sollen, soll ein weiteres Drittel dem bisherigen Reichswirtschaftsrat, also den Berufsorganisationen und Verbänden entnommen werden. Das letzte Drittel soll aus Persönlichkeiten bestehen, die sich um Staat und Volk besonders verdient gemacht haben und vom Reichspräsidenten ernannt werden. Der jetzige Reichsrat und der vorläufige Reichswirtschaftsrat würden verschwinden. Das **Wahlrecht** zum Reichstag soll durch **Heraufsetzung des Wahlalters** (auf 25 Jahre?) und durch

Wiedereinführung des Ein-Mann- Wahlkreises

mit der Möglichkeit der Stichwahl abgeändert werden. In beschränktem Umfange soll eine Reichswahlliste bestehen bleiben. Die für den Reichstag gewählten preußischen Abgeordneten würden gleichzeitig den Preußischen Landtag bilden.

Bezüglich der Gestaltung der Verhältnisse des Reichs zu den übrigen Ländern gelten die Ausführungen des Reichskanzlers in München als richtunggebend, die Artikel 17 (Verfassungshoheit) und Artikel 18 (Gebietshoheit) der Reichsverfassung betreffen. Weiter dürfte hierbei die Neuregelung des Finanzausgleichs entscheidend sein. Diese soll auch die Gemeinden betreffen. Das Gemeindewahlrecht soll erheblich abgeändert werden; man denkt hierbei an das Pluralwahlrecht, um parteipolitische Gesichtspunkte bei den Gemeindewahlen auszuschalten. Bezüglich des Artikels 18 sollen gleichfalls Lockerungen Platz greifen, um das Aufgehen der kleinen deutschen Länder in größeren zu erleichtern.

Bei allen diesen Gedankengängen handelt es sich um Richtlinien, die noch keineswegs die Gestalt eines greifbaren Reformvorschlags angenommen haben. Der Reformvorschlag als solcher, der nach Ausarbeitung durch die zuständigen Ressorts das Reichskabinett beschäftigen wird und auch dort noch erheblich abgeändert werden kann, soll dem Reichstag bei seinem Zusammentreten bereits vorliegen.

Blutige Straßenkrawalle in Wien.

Wien, 17. Oktober. (PAT) Gestern vormittag ist es vor dem Arbeiterheim in der Drischnetz-Gasse zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gekommen, wobei es **vier Tote und 23 Verletzte** gab.

Es sind etwa 100 Personen verhaftet worden. Gerüchten zufolge beabsichtigen die Behörden den sozialistischen Schutzbund aufzulösen.

Republik Polen.

Auflösung von acht Wojewodschaften.

In maßgebenden Warschauer Kreisen ist das Gerücht wieder aufgetaucht, daß eine ganze Reihe von Wojewodschaften (im ganzen acht) aus Sparsamkeitsgründen aufgelöst werden sollen, darunter auch die Lodzer Wojewodschaft.

Weibliche Richter an Burggerichten in Polen.

In Polen haben wir bekanntlich einen einzigen weiblichen Richter und zwar im Gericht für Minderjährige in Warschau. Dieser Posten wird jetzt neu besetzt. Frau Wanda Grabińska-Wojtowicz gibt das Richteramt auf und geht in den Rechtsanwaltsberuf über. An ihrer Stelle wurde Frau Wanda Helena Kamińska zum Richter für Minderjährige ernannt. Die letzte Verordnung des Staatspräsidenten, die eine ganze Reihe von Ernennungen bei Gerichten aufweist, enthält auch die Ernennung von zwei Frauen zu Richtern bei den Burggerichten in Lemberg und Sosnowice. Die beiden Damen sind die ersten weiblichen Burgrichter in Polen.

Nachklänge zu Brest.

Am kommenden Montag gelangt vor dem Obersten Gericht in Warschau die Kassationsklage des „Robotnik" zur Verhandlung, dessen verantwortlicher Redakteur, wie wir seinerzeit berichteten, „wegen Veröffentlichung unrichtiger Nachrichten über das Leben des Brester Untersuchungsrichters Demant in Sowjetrußland" zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Das Appellationsgericht hatte dieses Urteil bestätigt, der Verteidiger reichte jedoch die Kassationsklage beim Obersten Gericht ein.

Abg. Ulitz Ehrendokter.

Aus Kattowitz wird gemeldet:

Dem Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes, Abg. Ulitz, ist von dem Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät Breslau das Diplom der Ernennung zum Dr. jur. h. c. überreicht worden. Die ehrenvolle Auszeichnung wird mit dem Hinweis auf die Verdienste begründet, die sich Otto Ulitz um die Sicherung der Rechte seines Volkstums in Polnisch-Oberschlesien und um das Minderheitenrecht überhaupt erworben hat. Die deutsche Minderheit nimmt an dieser Ehrung freudigen Anteil.

Deutsches Reich.

Warnung der Reichsbank.

Die „Deutsche Tageszeitung" verzeichnet ein Gerücht, wonach das Direktorium der Reichsbank an die Reichsregierung einen Brief gerichtet habe mit dem eindringlichen Hinweis, es sei bei der Durchführung der Kontingentierungspolitik nicht in der Lage. die Gewähr für die Erhaltung der deutschen Währung weiterhin zu tragen. Wie die TU. erfährt, bestätigt es sich, daß das Reichsbankdirektorium an die Reichsregierung eine derartige Warnung hat gelangen lassen.

Aus anderen Ländern.

Lloyd George für echte Abrüstung.

Lloyd George sprach als Ehrengast der Internationalen Friedensvereinigung in der Londoner Guildhall über die Notwendigkeit einer ehrlichen Abrüstung. Auf den französischen Internationalisierungsplan Bezug nehmend, erklärte er: statt große Lagerhäuser für Waffendepots zu bauen, wäre es besser, die überschüssigen Waffen zu vernichten.

Wir brauchen nicht neue Pakte, sondern die Erfüllung der alten ... Der Versailler Vertrag müsse nur richtig ausgeführt werden. „Wir garantierten Deutschland, daß wir seinem Beispiel in der Abrüstung folgen würden. Das haben wir nicht getan."

An dieser Stelle erfolgten laute Zwischenrufe: „Schande!" „Ich bin der letzte", fuhr Lloyd George fort, „für Deutschland einzutreten. Aber unser verpfändetes Wort müssen wir großherzig und ritterlich ausführen."

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich.

7 Tote, 15 Verletzte.

Paris, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem 7 Personen getötet und 15 zum Teil schwer verletzt wurden, ereignete sich in den späten Abendstunden des Sonntags kurz vor dem Bahnhof Cerances zwischen den Stationen Folligny und Coutances. Ein Personenzug, der infolge des starken Sonntagsverkehrs bis auf den letzten Platz gefüllt war, stieß etwa 500 Meter vor der Einfahrt in den Bahnhof auf einen rangierenden Güterzug. Die ersten Wagen des Personenzuges wurden ineinandergeschoben, ebenso wie einige Wagen des Güterzuges. Bis in die späten Nachtstunden wurden 7 Leichen geborgen, während 15 Verwundete in das Krankenhaus der Stadt eingeliefert werden mußten. Man vermutet, daß noch zwei Tote unter den Trümmern liegen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 17. Oktober.

Zeitweise Aufheiterung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Wetterbesserung bei zeitweiser Aufheiterung und nur noch vereinzelten Schauern an.

Theologische Prüfungen.

Vor der Prüfungskommission des Evangelischen Konsistoriums fanden am 11. und 12. Oktober eine Reihe theologischer Präfungen statt. Das erste theologische Examen bestanden die Herren Helmuth Franke aus Bromberg, Kurt Fuchs aus Schöneck, Helmuth Kiphard aus Schirotzken und Paul Helmuth Müller aus Welnau. Die zweite theologische Prüfung legten ab die Kandidaten Joachim Fischer aus Waldau und Herbert Zühlke aus Grünkirch. pz.

Wegen versuchten Mordes auf der Anklagebank

Der 71jährige Maurer Stanisław Wikarski aus Tuczno-Dorf, Kr. Inowrocław, hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Mordversuches zu verantworten. Die Anklageschrift wirft ihm vor, versucht zu haben, mit seinem Jagdgewehr am 12. März d. J. während eines Streites den 31jährigen Arbeiter Bolesław Pasiecki zu erschießen. Zwischen dem Angeklagten und dem P. bestand seit längerer Zeit heftige Feindschaft. An dem genannten Tage geriet die Tochter des Angeklagten, Marie, mit der Schwägerin des P.; Helene Matuszak, wegen einer nichtigen Ursache in einen scharfen Wortwechsel. Da beide mit Fäusten aufeinander losschlugen, mischten sich die übrigen Familienmitglieder ein, so daß zwischen beiden Parteien bald eine wüste Schlägerei im Gange war. W., der sah, daß er mit seinen Angehörigen den Kürzeren ziehen werde, zog sich schleunigst aus dem Kampf zurück und eilte in seine Wohnung, die Tür fest hinter sich verschließend. P. verfolgte diesen jedoch und schlug mit einer Axt die Türfüllung zu dessen Wohnung ein. Nun griff W. zu seinem Jagdgewehr und gab durch die in der Tür entstandene Öffnung einen Schuß in der Richtung des P. ab. Durch den Schuß wurde P. am rechten Arm und am Unterleib erheblich, jedoch zum Glück nicht lebensgefährlich verletzt.

In der Gerichtsverhandlung bekennt sich der Angeklagte nicht zur Schuld. Er habe nur, wie er angibt, in Notwehr den Schuß abgegeben, ohne jedoch auf den P. zu zielen. P., als Zeuge vernommen, bestreitet, daß er die Tür mit der Axt eingeschlagen habe. Er will, als W. mit dem Schimpfen und Drohungen nicht aufhörte, mit einem Ziegelstein nach der Tür geworfen haben, wodurch die Türfüllung beschädigt wurde. Diese Darstellung des Zeugen erscheint jedoch sehr unwahrscheinlich. Eine genaue Untersuchung der Türfüllung, die auf dem Richtertisch liegt und in zwei glatte Hälften gespalten ist, weist eher daraufhin, daß die Beschädigung durch einen Axthieb entstanden sein muß. Das Gericht fällte darauf ein freisprechendes Urteil. In der Urteilsbegründung heißt es, daß das Gericht sich auf den Standpunkt gestellt habe, der Angeklagte habe tatsächlich den Schuß nur in der Notwehr abgegeben. ‡

§ **Apotheken-Nachtdienst** haben bis zum 24. d. M. früh die Zentral-Apotheke, Danzigerstraße 27 und die Löwen-Apotheke, Chausseestraße (Grunwaldzka) 37.

§ **Scharfschießen** veranstaltet am 19. d. M. das 61. Infanterie-Regiment in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärposten gesichert.

§ **Vier Jahre Gefängnis wegen Verleitung zum Meineide.** Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatten sich der 28jährige Schlosser Bruno Bienkowski aus Gdingen wegen Meineides und der 44jährige Schmiedemeister Bruno Prengel aus Neuenburg wegen Verleitung zum Meineide zu verantworten. Am 27. März v. J. sagte der erste Angeklagte in einem Zivilprozeß Gollnik c/a Prengel, der vor dem hiesigen Kreisgericht stattfand, unter Eid zugunsten des P. aus. Durch diese falsche Aussage gewann P. den Prozeß. G. konnte jedoch später Beweise beibringen, daß B. in dem Prozeß wissentlich die Unwahrheit gesagt habe und dazu von P. überredet worden sei. In der jetzigen Gerichtsverhandlung gibt der Angeklagte B. an, daß er an dem Prozeßtage von Gdingen nach Bromberg gekommen sei, die ganze Nacht nicht geschlafen und übermüdet wie er war, sich von dem Mitangeklagten P., bei dem er früher als Geselle gearbeitet hatte, zu dem Meineide habe verleiten lassen. Der Angeklagte P., der sich nicht zur Schuld bekennt, verwickelt sich durch seine Angaben in große Widersprüche. P. ist außerdem schwer belastet und dem Gericht bekannt, daß er wegen Verleitung zum Meineide bereits mehrmals vorbestraft ist. Nach Schluß der Beweisaufnahme, die die Schuld beider Angeklagten ergibt, verurteilte das Gericht den B. zu sechs Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafaufschub. P. dagegen, der im Gefängnis in Graudenz bereits eine Strafe abzusitzen hat, wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. ‡

§ **Zu einem aufregenden Zwischenfall** kam es gestern um ½3 Uhr nachmittags an dem Kiosk an der Bahnüberführung in der Danziger Straße. Dort erschienen zwei Chauffeure, von denen einer, der angetrunken war, Zigaretten verlangte. Da der Chauffeur schon oft seine Einkäufe nicht bezahlte und bei dem Kioskinhaber beträchtliche Schulden hat, wollte man ihm das Gewünschte nicht verabreichen. Darauf stürzte sich der Mann auf die Mutter des Kioskbesitzers, der nach einiger Zeit der Sohn zu Hilfe eilte. Der Chauffeur zog eine Mauser-Pistole, schlug die Scheiben des Verkaufsstandes ein und zwängte sich durch das Fenster in den Kiosk. Er richtete dort eine arge Verwüstung an und versuchte Wisniewski zu erschießen, so daß dieser sein Heil in der Flucht suchen mußte und sich nach dem Bahnwärterhäuschen rettete. Er wurde von dem rasenden Chauffeur verfolgt, konnte sich aber in dem Bahnwärterhäuschen in Sicherheit bringen. Die große Menschenmenge, die sich während des Vorfalles angesammelt hatte, brachte den bedrängten Leuten keinerlei Schutz. Als die Polizei eintraf, war der Täter bereits verschwunden. Er wird noch von der Polizei gesucht.

§ Die Feuerwehr wurde am Sonnabend gegen ¾7 Uhr nach der Hermann-Franke-Straße zu einem Kellerbrand gerufen. Nach ½stündiger Arbeit konnte die Wehr wieder abrücken, nachdem die Gefahr beseitigt war.

§ **Zu einer wüsten Schlägerei** kam es heute morgen gegen 7 Uhr neben der Schmiede Fordonerstraße (Fordonska) Nr. 1, dabei wurde der 55jährige Schmied Michael Różek, Fordonerstraße 20 wohnhaft, so schwer verletzt, daß er mit dem Rettungswagen in das Städtische Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Der Klaviervirtuose Niedzielski gibt heute Montag, abends 8 Uhr, im Kopernikus-Gymnasium ein Konzert. 8302

v **Argenau** (Gniewkowo), 16. Oktober. Das hiesige Krankenhaus ist nunmehr liquidiert worden. Sämtliche Kranke, sowie das ganze Mobiliar wurden dem Krankenhause Inowrolaw überwiesen. Da das stattliche Gebäude Eigentum der Stadtgemeinde ist, dürfte über dessen weitere Verwendung demnächst durch das Stadtparlament Beschluß gefaßt werden. — Einbrecher drangen bei dem Besitzer Strohschein in Wygoda in die Wohnung ein, indem sie eine Fensterscheibe an der Küche einschlugen. Alles, was nicht niet- und nagelfest war, wie Betten, Wäsche, Kleidungsstücke und Wertgegenstände, nahmen die Täter mit. Bis jetzt konnten die Diebe nicht ermittelt werden.

q **Gnesen** (Gniezno), 15. Oktober. Einem Gehilfen des Friseurs Kilbaszewicz, Friedrichstraße 9, wurden aus einem Schubfach 40 Złoty, einige Scheren und Rasiermesser gestohlen. — Verschüttet wurde in den Sandlöchern in Winiary bei Gnesen ein Arbeiter; obgleich man ihn sofort befreien konnte, ist sein Zustand besorgniserregend. — In der hiesigen Gasanstalt ereignete sich ein Unglücksfall. Der dort beschäftigte Maler Pieczynski stürzte von einer Leiter und zog sich innerlich schwere Verletzungen an. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. — Der hiesigen Polizei gelang es, zwei Fahrraddiebe festzunehmen. Sie hatten ein Fahrrad aus Piekary bei Gnesen gestohlen.

q. **Gnesen** (Gniezno), 13. Oktober. Ein Diebstahl wurde in der Gnesener Zuckerfabrik verübt. Unbekannte Täter drangen durch ein Fenster in eine Werkstelle und stahlen von dort ein Damenrad, Teile eines Motorrades und 6 Kaninchen. — Bestohlen wurde der Besitzer W. Kowalski aus Wylatowo. Es wurde ihm eine größere Menge Getreide entwendet.

z. **Inowrocław,** 16. Oktober. Ein verhängnisvoller Schuß. Als einige Chauffeure der in der Posenerstraße haltenden Omnibusse zusammenstanden, trat der Händler Orzechowski hinzu. Einer der Chauffeure hantierte in diesem Augenblick so unvorsichtig mit dem Revolver, daß ein Schuß losging und Orzechowski eine Kugel in den Unterleib drang. Mit dem Rettungsauto wurde er sofort in das hiesige Kreiskrankenhaus geschafft. Sein Zustand ist jedoch nicht besorgniserregend. — Aus der Untersuchungshaft vor Gericht vorgeführt wurde der Handlungsgehilfe Roman Ziolkowski von hier, der des systematischen Diebstahls größerer Partien Waren aus dem Schnittwarengeschäft Maluszek angeklagt ist. Ferner haben sich noch die frühere Braut des Angeklagten Helena Kazmierowska, die Eheleute Pliszkow aus Bromberg, Michał Milewski und Stanisław Jatka aus Inowrocław, die sämtlich der Hehlerei beschuldigt werden, zu verantworten. Ziolkowski erklärt, daß er fast acht Jahre bei der Firma Maluszak tätig war und die Diebstähle erst in letzter Zeit verübt habe. Bei der bei der Kazmierowska in Pakosch und den Eheleuten Pliszkow vorgenommenen polizeilichen Revision wurden für 1000 Złoty Waren beschlagnahmt. Das Gericht erkannte sämtliche Angeklagten für schuldig und verurteilte Ziolkowski zu 5 Monaten Gefängnis, Kazmierowska und die Eheleute Pliszkow zu je 4 Wochen Arrest, Milewski zu 2 Wochen Arrest und Jatka zu 10 Tagen Arrest. Der Kazmierowska, den Eheleuten Pliszkow und Jatka wurden Strafaufschub auf 3 Jahre gewährt. — Am Freitag nachmittag fand im Pfarrhaus die Vierteljahrs-Versammlung der hiesigen ev. Frauenhilfe statt, in welcher Fräulein Miecke aus Posen einen Vortrag über die Frau im Dienste der Frauenhilfe hielt.

z **Mogilno,** 14. Oktober. Während einer Familienfeier drangen am letzten Montag gegen 11 Uhr abends mittels Nachschlüssels unbekannte Diebe auf den Boden des Hauses des Landwirts St. Pinski in Wielowies ein und stahlen dort 3 Uhren und ein Paar Ohrringe im Gesamtwerte von 300 Złoty. Der Untermieterin, Lehrerin Oltarzewska, sind ebenfalls 10 Złoty Bargeld, ein Paar Handschuhe und verschiedene Toilettenartikel im Werte von 45 Złoty dabei abhanden gekommen. — Am letzten Dienstag gegen 1 Uhr mittags brach bei dem Landwirt Jarchy in Muslatowo ein Feuer aus, durch welches die mit Getreide gefüllte Scheune sowie ein Schuppen vernichtet wurden. Auch ein Teil der landwirtschaftlichen Geräte verbrannte mit. Der Schaden wird auf 11 000 Złoty geschätzt, während der Abgebrannte nur mit 4500 Złoty versichert ist.

♁ **Posen** (Poznań), 15. Oktober. Nachklänge zur Posener Landesausstellung 1929 wurden vor dem hiesigen Appellationsgericht als Revisionsinstanz laut, vor dem sich die Baumeister Stanislaw Wiliński, Oppeln-Bronikowski und die Schachtmeister Zenon Sartowicz und Roman Bilski wegen Betruges zum Schaden der Ausstellung zu verantworten hatten. Die Angeklagten sollen die letztere dadurch um Hunderttausende von Złoty geschädigt haben, daß sie die Arbeitsrapporte fälschten, indem sie in die Lohnlisten Arbeiter einschmuggelten, die niemals für die Ausstellung gearbeitet hatten, und die Löhne in ihre eigenen Taschen steckten. Die Strafkammer als Vorinstanz hatte nach mehrtägiger Verhandlung gegen alle Angeklagte auf Freisprechung erkannt, weil sie die Ungenauigkeiten in den Lohnlisten in dem wahnsinnigen Tempo begründet sah, mit dem die Landesausstellung gebaut wurde, und das jede Kontrolle der Arbeiter unmöglich machte. Das Appellationsgericht hob das freisprechende Urteil auf und erkannte gegen Wiliński auf 1½ Jahre, gegen Oppeln-Bronikowski auf 1 Jahr und gegen Sartowicz und Bilski auf je 4 Monate Gefängnis mit einer fünfjährigen Bewährungsfrist für sämtliche Angeklagte. — In der vergangenen Nacht wurden aus einem Geschäftsbureau in der Mühlenstraße 9 zwei fast neue Schreibmaschinen und zwei Damenmäntel im Werte von rund 2000 Złoty gestohlen. — Vergeblich sich bemüht haben in dieser Woche Einbrecher, indem sie in die Räume der Inneren Mission nach Erbrechung einer schweren eisernen Schiebetür eindrangen und die Arbeitstische nach Geld und Geldeswert durchsuchten, dabei aber kaum nennenswerte Beute machten. — Selbstmord durch Gasvergiftung verübt hat wegen jahrelanger Nervenkrankheit in seiner Wohnung Marschall Fochstraße 72 der 51jährige Kasimir Josmanowicz. — Das Obstgeschäft in der fr. Gr. Berlinerstraße 2 war gestern der Schauplatz einer blutigen Liebestragödie. Dort erschien Franz Wieczorek aus der fr. Hardenbergstraße 19, fing mit der Verkäuferin, seiner Braut, einer Hedwig Zawadzka, einen Streit an und gab plötzlich auf sie zwei Revolverschüsse ab, die sie an der Brust nicht lebensgefährlich verletzten. Die Kugeln wurden bald von einem Arzt der Rettungsbereitschaft entfernt; der hitzige Liebhaber wurde verhaftet. — In hiesiger Stadt sind betrügerische Sammler aufgetreten, die mit gefälschten Ausweisen angeblich für den Kirchbau in Winiary sammeln und die teilweise nicht unerheblichen Beträge in ihre eigenen Taschen fließen lassen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Der Henker verklagt den Staat.

Der abgebaute Henker Maciejewski hat den Staatsfiskus verklagt. Er verlangt eine Entschädigung dafür, daß er während seines Dienstes erkrankt sei. Er führt folgende Begebenheit an: In Krakau habe ihn ein Mann, der hingerichtet werden sollte, gebeten, ihm die Augen nicht zu verbinden. Er, der Henker, habe das auch getan, und der Delinquent habe dem Henker dafür, als er den Galgen bestieg, einen so heftigen Fußtritt in den Leib versetzt, daß Maciejewski sechs Wochen im Krankenhaus habe verbringen müssen. Seiner Klage hat der Henker ein ärztliches Zeugnis beigefügt, aus dem hervorgeht, daß Maciejewski durch den Fußtritt einen dauernden körperlichen Schaden erlitten habe.

Massenüberfall auf einen Güterzug.

Auf der Strecke Petrikau—Baby, auf der von Dombrowa nach Koluszki führenden Linie, wurde der Güterzug Nr. 4482 von einer etwa 120 Personen zählenden Bande umzingelt. Trotz des Widerstandes der Bedienung sprangen die Räuber auf die Waggons und raubten über 30 Doppelzentner Kohle. Bemerkt sei, daß der Zug nicht von Polizei bewacht war. Die Polizei hat Nachforschungen eingeleitet.

* **Kielce,** 14. Oktober. In einem Provinzblättchen erschien vor kurzem eine Anzeige einer Buchhandlung in Skarzysko, die eine Broschüre mit dem verheißungsvollen Titel „Automatischer Weg zu Wohlstand und Reichtum“ empfahl. Bestellungen sollten an das Postfach 49 in Skarzysko gerichtet werden, 2 Złoty waren gleichzeitig zu überweisen. Es fanden sich natürlich auch zahlreiche Leute, die die 2 Złoty einsandten und auf die „Automatischen Wege“ warteten. Auch die Polizei interessierte sich für das schöne Buch und forschte nach dem „Buchhändler“. Es war der 20 Jahre alte Jan Skarbek, der nie in seinem Leben eine Buchhandlung besessen hatte, arbeitslos war und auf diesem „nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ automatisch zu Wohlstand und Reichtum gelangen wollte, indem er die Reichwerdenwollenden um jene 2 Złoty beschwindelte. Er kam statt zum Reichtum ins Gefängnis.

* **Warschau** (Warszawa), 14. Oktober. Eine große Bande von Post- und Briefmarkenfälschern wurde hier aufgedeckt. Es konnte festgestellt werden, daß sich die Fabrik und die Zentrale in Wien befinden und daß ein gewisser Moses Szwarcbart aus Zawiercie Hauptabnehmer war. Zwischen Zawiercie und Warschau vermittelte wiederum ein Mann namens Majloch Bimblich. Letzterer, sowie dreizehn andere Personen sind bereits festgenommen worden. Von der Frechheit der Bande mag der Umstand zeugen, daß die falschen Marken sogar in den Kiosken von „Lot“ und in fast sämtlichen Postämtern verkauft wurden. Wie groß der Schaden ist, den der Staatsschatz durch diese Fälschung erlitten hat, konnte bisher noch nicht festgestellt werden, doch nach den Ausmaßen der Affäre zu urteilen, muß er groß sein.

* **Wilna,** 14. Oktober. Im nördlichen Polen haben große Wolfsrudel mehrere Dörfer überfallen. Die Landbevölkerung hat die Polizei alarmiert, die jetzt Treibjagden auf die Wölfe veranstaltet.

* **Schüler erschießt Schülerin.** In Rzeszów schoß ein Gymnasialschüler unbekannten Namens die vorübergehende 16jährige Seminarschülerin Wilhelmine Vogel nieder. Sie starb nach wenigen Stunden. Die Vorgeschichte dieses Dramas ist bisher ungeklärt.

Kleine Rundschau.

Rollende Warenhäuser.

Man muß es den englischen Eisenbahngesellschaften lassen, sie haben stets neue Ideen, um ihre „Kundschaft“ zu befriedigen. Dabei denken sie nicht nur an die geistigen Genüsse, die durch „Fahrten ins Blaue“ oder Kreisfahrten mit Tee- und Badeaufenhalten vermittelt werden, sondern sie sorgen auch für das materielle Wohl. Mit einer Reihe Londoner Warenhäuser haben sie jetzt ein Abkommen getroffen, auf Grund dessen auf langen Strecken regelrechte Warenhäuser im kleinen mitgeführt werden. Drei Wagen sind zu diesem Zwecke zusammengestellt worden, in zweien findet der Verkauf statt, im dritten befinden sich die Waren. Als erste Versuchsstrecke ist die Nordlinie der London Midland Scotish Railway ausgesucht worden, weil sie durch die dicht bevölkerten mittelenglischen Industriegebiete führt. Die Organisation ist so gedacht, daß das rollende Warenhaus von Station zu Station gefahren und abgehängt wird. Es wird auf ein Nebengeleis geschoben, wenn von der Bevölkerung der Wunsch nach längerem Aufenthalt geäußert wird. Bewährt sich die Einrichtung, soll sie auch möglichst von vielen englischen Bahnstrecken eingeführt werden.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 17. Oktober 1932.

Krakau — 2,89, Zawichost + 0,99, Warschau + 0,85, Plock + 0,49 Thorn + 0,31, Fordon + 0,28, Culm + 0,14, Graudenz + 0,20 Kurzebrak + 0,45, Piekel — 0,33, Dirschau — 0,50, Einlage + 2,28 Schiewenhorst + 2,42.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke (beurlaubt); verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 239

Käthe Heise
Otto Brandt
Verlobte. 8366

Fordon, Danzig,
den 16. Oktober 1932.

Bei den deutschsprachigen 8255
Landwirtschaftsschulen
Schroda (Środa) u. Birnbaum (Międzychód)
beginnt der Unterricht am 3. November 1932.
Anmeldungen nehmen die Direktionen entgegen.

Wäsche-Atelier Hasse, Marsz. Focha 26, fertigt zu mäßigen Preisen: Oberhemden nach Maß, Wäsche jed. Art, Pyjamas, Gardinen - Endeln - Knopflöcher. 7438

Statt besonderer Anzeige.

Am 15. d. Mts., 11½ Uhr nachts, verschied nach schwerem, mit Ergebung getragenem Leiden unsere unvergeßliche, treusorgende Mutter, meine liebe Schwiegermutter und Oma, unsere gute Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Margarete Hammler
geb. Hammler

im 55. Lebensjahre. 3961

All' ihre Sorge und Mühe galt uns!

Die tiefbetrübten Kinder.

Sicienko, Wilhelmsort, den 17. Oktober 1932.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 19. Oktober, nachm. 2 Uhr, von der evangel. Kirche zu Wilhelmsort aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir hiermit Allen, besonders Herrn Pfarrer Ruhen für seine trostreichen Worte unseren

herzlichsten Dank

Frau Auguste Neumann und Kinder. 8368

Fordon, den 16. Oktober 1932.

Ich habe mich als
Rechtsanwalt
in Bydgoszcz niedergelassen
und befindet sich meine Praxis in der **ul. Długa 32.** Tel. 21 32.
Rechtsanwalt **Roman Nowak** 8373

Habe mich in
Bukowiec pomorski
als **prakt. Tierarzt**
niedergelassen. 3928
Dr. med. vet. Heinrich.
Telefon 18.

Herzliche Bitte für die deutsche Winterhilfe!

Vor mehr denn 100 Jahren sagte der Jubilar dieses Jahres, der ganz große Weise und Menschenkenner: „Geben ist Sache des Reichen." Auf unsere schwere Zeit ist dies Wort aber keineswegs anzuwenden. Wer ist heute noch reich? Jeder leidet mehr oder weniger unter der schwierigen Wirtschaftslage. Die Not ist allgemein geworden. Da ist es **Sache eines jeden,** der noch selber satt zu essen hat und nicht zu frieren braucht, **zu geben,** um wenigstens so weit wie möglich die bittere Not der Vielen zu lindern.

Jede Gabe wird mit herzlichem Dank angenommen. Jeder gebe nach Kräften.

Sammelstelle für die Abgabe von Kleidungsstücken jeder Art, Schuhen, auch Lebensmitteln ist unsere Geschäftsstelle Goethestr. 2 (ul. 20. stycznia 20 r. Nr. 2). Sachen, welche uns angemeldet werden, können von uns auch abgeholt werden.

Zeigen wir nun, daß wir eine Schicksalsgemeinschaft sind, in der sich einer für den andern verantwortlich fühlt.

Herzlichen Dank für jede freundliche Spende.

Deutscher Frauenbund.
Martha Schnee.

8197

Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß der Arbeiter **Willi Ernstinus Banaschewski,** wohnhaft in Groß-Lichtenau, Sohn der unverehelichten **Anna Banaschewski,** wohnhaft unbekannt,
mit der unverehelichten **Gertrude, Martha, Margarete Schmoldt,** wohnhaft Försterei Streszye, Polen, Tochter des Privatförster **Eduard Schmoldt** und seiner verstorbenen Ehefrau **Martha** geb. Reinke, letzterer wohnhaft Försterei Streszye,
die Ehe miteinander eingehen wollen.
Trappenfelde, den 13. Oktober 1932.
Der Standesbeamte.
In Vertretung:
F. Behrend. 8361

Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß
1. der Buchdruckereibesitz. **Friedrich Merkle,** wohnh. in Freiburg, im Breisgau, Kaiserstraße 126,
2. die Wirtschafterin **Frida Martha Könitz,** wohnhaft in **Ilowo, Polen,**

die Ehe miteinander eingehen wollen.
Etwaige Ehehindernisse sind dem unterzeichneten Standesbeamten innerhalb 14 Tagen anzuzeigen.
Freiburg im Breisgau, am 12. Oktober 1932.
Der Standesbeamte.
In Vertretung:
Galmbacher. 8360

Mein 3958
Klavier-Unterricht
hat begonnen. Gestatte u. überwache a. Ueben.
Rosa Mentzel
in Berlin geprüfte Klavier-Lehrerin,
Pomorska 17, Wohn. 6.

Bydgoszcz, Tel. 18—01
Dr. v. Behrens
bearbeitet allerlei Verträge, Testamente, Erbsch. Auflassungen, Hypothekenlöschung., Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.
Promenada nr. 5 beim Schlachthaus.

Obstbäume
Beerensträucher, Koniferen und alles andere Material für jetzige günstigste Pflanzzeit empfiehlt äußerst billig 8228
Robert Böhme,
Bydgoszcz,
Jagiellońska 16.

Erteile gründlichen
Klavierunterricht
sehr billig und übernehme auch Beaufsichtigung von Schularbeiten. Off. erbeten u. **C. 8342** a. d. Gschst. d. Z.

Sich.-Schlösser u. Bratöfen in 3 versch. Größen h. vorrätig. **F. Schwirz,** Pod Blankami 26. 3949

Juteleinwand
für Verpackung und Tapezierer 7923
Eryk Dietrich,
Bydgoszcz
Gdańska 78, Tel. 782

Bielitzer Stoffe sind die besten!

Ihren Bedarf von Anzugs- und Mantelstoffen können Sie sich direkt aus Bielitz besorgen. Ich liefere garantiert erstklassigste Bielitzer Qualitäten in den modernsten Mustern zu günstigen Preisen. Verlangen Sie vollkommen unverbindlich und kostenlos (selbst Rückporto füge ich bei) meine neue Musterkollektion. Äußerst solide Bedienung.

Fa. **Wiktor Thomke** 7062
wyrób i skład sukna, **Bielsko-Kamienica**

Fliesen
weiß und farbig glasiert für Wandbeläge, Steinzeugfußbodenplatten, Korkplatten und Terrazzo 3903
liefert mit fachmännischer Ausführung
Feliks Pietraszewski
Bydgoszcz, Gdańska 22. Tel. 2229.

Achtung!
Tiefrohrbrunnen, welche an Ergiebigkeit infolge Versteinerung oder Verostung des Filters nachgelassen haben, erhalten ihre volle Ergiebigkeit wieder durch **chemische Ausreinigung** desselben. Führe dieselbe mit wenigen Unkosten praktisch aus. — Ferner übernehme **sämtliche Neubauten an Brunnen, Bohrungen, Pumpen** und **Wasserleitungen,** sowie **Reparaturen** an denselben. Spezialität: **Wasserauffindung** durch Versuchsbohrungen. — **Werkzeuge, Pumpen** und **Rohre** halte stets vorrätig. 8289
Aug. Dietrich, Brunnenbaumeister,
Bydgoszcz, Gdańska, neue Nummer 78.
Gegründet 1901. — Telefon 782.

Tischlerhandwerkszeuge
Sperrplatten, Fourniere, Marmor-Garnituren
Fournier-Papiere, Leim, trockene Bretter
wie auch Schalbretter 20 und 25 mm
empfiehlt billigst 8354
Spółdzielnia Surowców
ul. Grodzka 21.

Heirat

Welch. Handwerker möchte m. evgl. Mädch., das etw. Verm. besitzt, in Briefwechs. tret. zwecks **späterer Heirat?** Nur ernstg. Zuschr. u. U. 8210 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gutsbes., Zinshäus.-Besitz., 40., streng solide u. christl., sucht, weil Schwest. sich noch verh., **verm. Dame,** auch m. Anhang, zwecks **Heirat.** Angeb. unt. R. 3950 a. d. Geschst. d. Z.

Heirat.
Evgl. Mädchen, 34 J. a., vermögd., sucht Herrn in gesich. Posit. zwecks Heirat kenn. zu lernen. Off. m. Bild u. **E. 3912** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evangelisch. Landwirt, 32 Jahre alt, wünscht
Einheirat
in Landwirtschaft. Nur ernstgemeinte Angeb. mit Bild unter **R. 8298** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

2 Freunde, 22 u. 25 Jhr. alt, evgl., bessere Handwerker, blond u. forsche Erscheinung, mit Vermögen, wünschen die Bekanntschaft 2 netter Damen mit Vermögen,
zwecks Heirat
Nur ernstgemeinte Off. möglichst mit Bild unt. S. 3951 an d. Gst. d. Ztg.

Geldmarkt

Teilhaberin
mit 12-15000 zł für größ. Sägewerk in Pom. ges. Zuschr. u. C. 897 an A.-E. **Wallis, Toruń.** 8322

6000 Zł. (Goldwähr.) z. 1. Stelle auf 65 Morg. sogl. ges. Off. u. **W. 3956** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Offene Stellen

Jg. Kontoristin
Deutsch u. Polnisch in Wort u. Schrift perfekt in Buchführ. u. Schreibmaschine, **gesucht.** Wo? sagt die Geschst. d. Zeitg. 8371

Intell. gebildete Dame zur Gesellsch. sow. Erz. mein. einzig. minderj. Tochter, u. Beaufsicht. d. Wirtsch. bezw. Führg d. Haush. v. 400 Morg. v. sogl. **gesucht.** Witw. ohne Anh. ang. Es komm. nur Dam. m. Verm. in Fr., b. gegs. Zung. Wiederverh. Dam. welche. ein. Wirkungskr. lieb., woll. ihr Bild m. Ang. genauer Fam.-Verh. a. d. G. d. Z. u. Nr. **W. 8330** einsend.

Suche zu baldmöglichst
geb. Stütze
im Alter von 35—45 J., erfahren in Führung ein. größ. Landhaush., zu meiner Unterstützg. Bewerbg. unt. **S. 8299** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Jüngeres, intelligentes **Fräulein,** namentl. d. dtsch. Spr. mächtig, das ein. 10 j. Knaben bei den Schularb. behilfl. sein u. sich nebenb. i. Haush. besch. kann, von sof. ges. 3957
L. Bachrach,
Marsz. Focha 19, 2 Tr.

Stellengesuche

Handlungs-Gehilfe
mit guten Zeugnissen, **sucht** Stellung in **Konfektion od. Textilabteil.**
Walter Kanke
Podstolice, p. Budzyń, pow. Chodzież. 8297

Kaufmann
der Eisen- u. Kolonialwarenbranche, 23 J. a., evangel., militärfrei, d. poln. u. deutsch. Spr. in Wort und Schrift mächt., **sucht,** gestützt a. gute Zeugn., von sofort **Stellung.** Gefl. Offert. zu richt. an **G. Zander, Jakóbkowo,** p. Łasin, pow. Grudziądz. 8364

Schmiedegeselle
der seine Militärzeit beendet hat, Dreschsatz u. Großbuldog führen kann u. Militärhufbeschlag versteht, **sucht,** m. gut. Zeugniss., v. 1. 4. 1933 **Stellung.** Off. erb. u. U. 8301 a. d. Geschst. d. Z.

Verheirateter
Brennerei-Verwalter
m. Brennereierlaubniß, evangl., vertraut mit Trocknerei u. elektrisch. Anlage, sucht bei mäß. Gehaltsanspr. Stellung. Gefl. Zuschr. unter **H. 8365** an die Geschst. dieser Zeitung erbeten.

Schlossermeister 2½ J. Prax. i. Autofach, **sucht Stelle, a. als Chauffeur.** **Erich Zickermann, Kościerzyna Wybudow.**

Müller
militärfr., Prüfg. v. d. Militärz. abgel., sucht Stellg. a. Motormühle zwecks weit. Ausbildg. Beköst. u. etw. Taschenge. erw. Off. a. **M. Jandrey, Jaktorka,** poczta Rynarzewo, pow. Szubin. 3959

Müllergeselle
ehrlich u. fleißig, **sucht** mit gut. Zeugn. Stellg. Offerten unter **G. 8363** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Bäckergeselle
d. auch selbständ. arbeit. kann, m. etw. Kondit., **sucht** Stellung. Offert. unter **T. 8300** a. d. Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Suche **Lehrstelle** i. Bureau od. Kolonialwarengesch., 17 J., poln. und deutsche Sprache. **A. Reinholz, Morgowo,** poczta Mazowsze. 8323

Aelt., erf. **Geschäftsfrau** sucht **Filiale zu übernehmen.** Kaution kann hinterlegt werd. Off. u. **K. 3925** a. d. Geschst. d. G.

Gebild. ält. Frl. (Waise) in all. Zweig. d. Haush. firm, selbst. u. häusl., gute Kochk., sucht z. 1. 11.
pass. Wirkungskreis
bei Ehepaar, Dame od. evtl. frauenlos. Haush. Off. u. B. 895 an A.-Exp. **Wallis, Toruń.** 8324

Bess. Mädchen, 28 J., welch. gut koch. u. wirtschaft. kann, sucht Stell. als **Wirtin, Stütze** oder **Alleinmädchen.** Gefl. Off. erb. unt. **E. 8344** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Besseres **Mädchen** 28 Jahre, welches gut kochen und wirtschaften kann, sucht Stellg. als **Wirtin, Stütze** oder **Alleinmädchen.** Gefl. Off. u. E. 8344 a. d. G. d. Z.

Landwirtstochter
sucht Stellg. in Stadthaush. zw. Vervollkg. in d. Wirtsch. Off. u. **G. 3919** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Älteres Mädchen v. Lande, **sucht Stellung** v. 1. 11. od. 15. 11. als
Stubenmädchen
oder **Alleinmädchen.** Erfahren im Kochen u. Glanzplätten. Gefällige Zuschriften unt. D. 8343 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Stubenmädchen
kinderlieb, gewandt im Nähen, Plätten und Servieren. Gut. Zeugn. **sucht Stellung** v. 1. 11. Off. u. **N. 3940** a. d. Gst.

Suche ab 1. 11. oder sp. **Stellung** als
Mädchen f. alles.
Frdl. Off. unt. **U. 3955** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

An- u. Verkäufe

Privat-landwirtschaft
40—60 Morg., im Kreise Schwetz, gegen Kasse zu kauf. gesucht. Bedingung: Gutes Land, Gebäude u. Inventar. Angebote mit Preis u. genauen Angaben zu richten a. d. Geschäftsstelle dies. Blattes unt. „Privat" **F. 8349. (Vermittler ausgeschloss.)**

Gastwirtsch. ohne Konk., Kirchd. bevorz., z. kauf. ges. Off. erb. **Wołoszczuk, Toruń, Poniatowskiego 9.** 8348

ZOPPOT
Freie Stadt Danzig
Internat. Kasino ✱ **Roulette** ✱ **Baccara**
(Staatl. konzessioniert) **Das ganze Jahr geöffnet**
Auskunft: Verkehrsbüro vom Kasino in Zoppot. 8095

Im Verlage des Posener Diakonissenhauses erschien im 73. Jahrgang der
Evangelische Volkskalender für 1933
im Umfang von 164 Seiten mit einem Kunstdruckbild und vielen Bildern im Text, sowie mit Wand-Kalender und Märkte-Verzeichnis. 8359
Preis 1.50 Złoty.
Die Evangelische Diakonissen-Anstalt Poznań, Grunwaldzka 49.

Günstige Existenzgründungen in Westfalen!
4 ländl. Gastwirtschaften mit 20 bis 100 Mrg. Land,
5 städt. Gastwirtschaften in guten Verkehrslagen,
4 Güter von 100 bis 600 Morgen,
unter günstigen Bedingungen **zu verkaufen**
Prospekte und Auskunft kostenfrei. Anfragen mit Angabe der Anzahlungsmöglichkeit an 8370
Dr. Kolb & Co.
Seit 1910 **Dortmund,** Brückstr. 23/25

Gut möbl. Zimmer
an 1 evtl. 2 Pers. z. verm. Sienkiewicza 36, W. 3. 3893

2 möblierte Zimmer auch einzeln, an Ehep. od. an Herr. z. vermiet. Marcinkowskiego 3, 3846

Pachtungen

Schöne Wirtschaft
83 Morg. mild. Weizenbod., zu verpacht.; erf. 10000 Zł. durch 8329
A. Knodel, Grudziądz, ulica Kwiatowa 29/31.

Schrotmühle
(Dieselmotor 18 PS), verbunden m. Mehlhandlg., geg. Sicherh. **zu verpachten,** evtl. auch **zu verkaufen.**
Wachner, Wąbrzeźno. 8263

Beabs. meine **Landwirtsch.** v. 170 Morg. gut. Bod., Gebd. mass., Kirche und Schule im Ort, sof. zu verkauf. Off. u. **F. 3918** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Einfamilienhaus
m. kl. Obst- u. Gemüsegarten, in Fordon am Markt gel. **zu verkaufen.** Gefl. Anfr. **B. Kotowski, Nowe,** ulica Gdańskie przedm. 13. 3328

Stadtgrundstück
in der Hauptstraße gelegen, m. Wirtschaftsgebäuden, Hausgarten und 1 Morgen Land, eventuell m. Zimmereinrichtungen, passend für Beamten, f. Handwerker oder zur Einrichtung ein. Geschäft. zu verkaufen. Off. u. **Z. 8334** an die Gschst. d. Zeitung erbeten.

Kaufe **Landwirtschaft** 5-8 Morg. Rübenboden, Kirchdorf. **Wołoszczuk, Toruń,** Poniatowskiego 9.

Gebr. Fahrrad
zu kaufen gesucht. 3929
Szwederowo, Gołębia 85,

Kinderwagen
auf hohen Rädern bill. zu verkaufen 3726
Jagiellońska 32. Wg. 6.

Fast neue Viehwaage u. Düngerstreuer bill. zu verkf. Zu erfr. **Bydg.,** Długosza 9, W. 2. 3930

2 Damenwintermäntel, Gr. 42/44, **1 Kostüm,** gut erhalt., bill. z. verk. 3960
Pomorska 55, Wohn. 3.

Gebrauchte
Heizkörper
(Radiatoren f. Warmwasserheizung **kauft**
Otto Rauscher,
Mogilno 8308

1 Renntier- und 8 Hirsch-Geweihe
habe ich zu verkaufen. Angebote unt. **B. 8303** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Kaufe jedes Quantum
Butter.
Offerten unter **O. 3943** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Futtermohrrüben, Hafer, waggonw., auch in kleineren Posten, kauft gegen Kasse 8107
„Tranzyt" w Toruniu,
ul. Przedzamcze 20.

Wohnungen

2 Zimmer u. Küche mit Zubeh. im Stadtzentr., part., evtl. mit Schuppen, sofort zu vermiet. Auskunft **Kriese,** Grunwaldzka 18. 3962

Verk. **Laden m. Wohng.** Sienkiewicza 2. 3963

Möbl. Zimmer

Frdl. möbl. Zimm.
elektr. Licht, sofort zu verm. **Gdańska 89, W. 4** 3921

Geschäftsverpachtung.
Ein altes, gutgehendes
Möbelgeschäft
ist zu verpachten oder auch zu verkaufen. Dasselbe besteht 60 Jahre, mit einem großen Ecklanden am Markt. Ein altes Geschäftshaus mit Laden, großen Lagerräumen, Werkstätten für Tischler und Tapezierer, Gas, elektrisches Licht, Bahn- und Wasserverbindung vorhanden. Die Stadt hat 16000 Einwohner.
Frau Witwe Bahlmann,
Anklam, Vorpommern. 8333

Helle Fabrikräume
in jeder Größe 8293
zu vermieten.
Marszałka Focha 16.

Dienstag, den 18. Oktober:



Wurstessen
(eigenes Fabrikat).
Tägl. **Eisbein** mit **Sauerkohl, Flaki**
Restaurant Beidatsch
Gdańska 45. 9372

Deutscher Abend
Donnerstag, den 20. Oktober,
abends 8 Uhr, im Civilkasino, Danzigerstraße
„Was die Welt den Deutschen verdankt"
Vortrag, Rezitationen, Doppelquartett Bromberger Sänger unter Leitung von Fritz Hopp, **Klaviervorträge**
Numerierte Eintrittskarten zu 1.— zł u. 50 gr in **Johne's Buchhandlung,** Danzigerstraße und an der Abendkasse, 8294
Der Arbeitsausschuß.



Freitag, den 21. Oktober, 20 Uhr
im Civilkasino:
Lieder-Abend
Paul Lohmann - Berlin (Baß-Bariton)
Am Flügel: **Walther Schnell.**
Programm: **Schubert — Moussorgsky — Schumann — Loewe.**
Eintrittskarten für Mitglieder 1.95, 2.95, 3.60 zł, für Nichtmitglieder 2.55, 3.55, 4.20 zł, zuzügl. gesetzl. Arbeitslosensteuer in der Buchhandlung **E. Hecht Nachf.,** ulica Gdańska 27. 8280

Kino Kristal Heute, Montag, Premiere! Nur 4 Tage, bis Donnerstag einschließl. Verlängerung ausgeschlossen! Ein Tonschlager der Saison 1932/33.
Beginn 7:00 u. 9:00 Die Sensation der Europäischen Kinos!
MOSKAU ohne Maske
In den Hauptrollen: **Lionel Barrymore** u. **Elsisa Lande,** die Enkelin der ehemalig. Kaiserin Elisab. v. Oesterr, Ein Sittenfilm von kolossaler Ausstattung, welcher die Erlebnisse eines jungen, unschuldigen Mädchens schildert, welches gezwuugen wurde, sich einen „Geiben Paß" zu verschaffen,
Beiprogr.: Neueste tönende Fox-Wochenschau. Außerdem **„Paris bei Nacht"** Für Jugendliche verboten.

Pommerellen.

17. Oktober.

Graudenz (Grudziądz).

× **Eine ungewöhnliche Feier** fand Freitag abend im Saale des Stadttheaters statt. Dort dekorierte Stadtpräsident Włodek die Zählkommissare der letzten Volkszählung mit der bronzenen Medaille, während diese wiederum ihren Unterzählern die Auszeichnungen überreichten. Es kamen zwölf Zählkommissare und 210 Unterzähler in Betracht. *

× **Der Wirtschaftsverband städtischer Berufe** (Abteilung Handel und Industrie) hielt Freitag abend im „Goldenen Löwen“ eine Versammlung ab, die recht gut besucht war. Nach der Eröffnungsansprache des Vorsitzenden, Fabrikbesitzer **Adolf Domke**, hielt Hauptgeschäftsführer **Schramm**-Bromberg einen Vortrag über: „**Wirtschaftskrise und Aussichten für die Zukunft**“, der großes Interesse fand. Da über den wesentlichen Inhalt der Ausführungen des Redners bereits bei anderer Gelegenheit berichtet worden ist, kann hier von deren Wiedergabe abgesehen werden. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine fesselnden Darlegungen, erklärte jedoch, daß er in die Verwirklichung der darin zum Ausdruck gebrachten Hoffnungen auf eine gewisse Besserung der Wirtschaftslage Zweifel setzen müsse. Hierzu gebe ihm u. a. ein Blick auf die hohen Steuerlasten und Zinsen, sowie auf das allgemein schädliche Übel der Schwarzarbeit Anlaß. Herr Schramm bemerkte hierzu, daß an dem Übel der Schwarzarbeit, die als Ausfluß der Arbeitslosigkeit zu betrachten sei, das Handwerk zum Teil selbst die Schuld trage. Durch die vielfach anzutreffende übermäßige Lehrlingsausbildung würden viele Gesellen auf die Straße gesetzt, die sich dann der Schwarzarbeit hingeben. Und dabei stelle sich der Betrieb mit Lehrlingen oftmals teurer als mit Gesellen. Der Geselle könne entlassen werden, der Lehrling nicht. An einigen Beispielen zeigt der Redner die Prosperität von Betrieben, die mehr zur Arbeit mit Gesellen übergegangen sind, z. B. in der Möbelbranche. — Ein wesentlicher Punkt der Tagesordnung war die Klarstellung der Frage, wie weit die **deutsche Sprache in der Buchführung** noch gebraucht werden könne. Hauptgeschäftsführer Schramm führte hierzu aus, daß wir das Recht haben, alle Bücher in deutscher Sprache zu führen. Entgegenstehende Bemerkungen von in Betracht kommenden Personen hätten daher, falls solche gefallen sein sollten, keine rechtliche Bedeutung. Laut Handelsgesetzbuch bestehe absolut das Recht, die Bücher in jeder lebenden Sprache zu führen. Allerdings bestände laut einer vom Finanzminister in Übereinstimmung mit dem Minister für Handel und Industrie erlassenen Verordnung über Buchführungsfragen zu Zwecken der staatlichen Gewerbesteuer (in § 2 dieser Verordnung) auch eine Bestimmung, die die polnische Sprache zwar fordert, aber mit Einwilligung der Finanzbehörde auch eine andere (lebende) europäische Sprache zuläßt. Für uns hier aber, die wir die Bücher nach dem Handelsgesetzbuch führen, kann von einer Beanstandung der Bücher, wenn sie in deutscher Sprache geführt sind, keine Rede sein. Aus der Mitte der Versammlung heraus wurde diese Darstellung durch die Mitteilung bestätigt, daß das Finanzamt auf eine dahingehende Anfrage die volle Berechtigung zur Führung der Bücher in deutscher Sprache, wenn dieser Führung das Handelsgesetzbuch zugrunde liegt, anerkannt hat. — Über die neuesten Steuerverordnungen referierte sodann kurz Herr Schramm. Bei dem Krisenzuschlag zur Einkommensteuer beträgt der Zuschlag ½ Prozent von Einkommen von 1500—3600, 1 Prozent bei über 3600—10 000, 2 Prozent bei über 10 000—36 000 Złoty. Als Beispiel diene, daß bei 2500 Złoty Einkommen (Steuer 84 Złoty), da der bisherige 10prozentige Zuschlag fortfällt, nunmehr die Steuer 84 + ½ Prozent = 12.50 Złoty, mithin 96,50 Złoty ausmacht, anstatt bisher 92,40 Złoty. Der Gebäudesteuerzuschlag (3 Prozent von der Miete bzw. dem Mietswert) bleibt bei Gebäuden, deren Miete 1000 Złoty nicht übersteigt, unerhoben. Weiter streifte der Referent noch flüchtig die Lokal- und Gewerbesteuer, sowie die neuen Zuschläge zugunsten der Arbeitslosen. Schließlich kam noch die Frage der Erzielung einer niedrigeren Gebühr für die elektrische Reklame- und Geschäftsbeleuchtung zur Sprache. Obwohl von seiten eines Mitgliedes der städtischen Elektrizitätswerk-Kommission darauf hingewiesen wurde, daß die Verwaltung dieses Werkes aus mehrfachen Gründen in bezug auf ein solches Zugeständnis auf ablehnendem Standpunkt stehe (zumal Graudenz weniger als die anderen pommerellischen Städte für Strom erhebe), wurde doch beschlossen, mit einem Antrage um Ermäßigung der Gebühr für Strom zu Reklame- und Geschäftszwecken an die zuständige Stelle heranzutreten. *

× **Stiefmütterlich bedacht** in bezug auf Beleuchtung war bisher der nördlichste Teil der Lindenstraße (Lipowa), zwischen dem Straßenbahnendpunkt und der Scharnhorststraße (Poniatowskiego). Jetzt hat die Behörde endlich ein Einsehen gehabt und dort eine elektrische Straßenlampe installiert. Passanten und Anwohner konstatieren das mit Befriedigung. Auf einen weiteren Übelstand aber weisen sie noch hin. Es kommt nämlich des öfteren vor, daß Elemente, die daran zweifellos ein Interesse haben, Straßenlampen zum Erlöschen bringen. Das Sicherheitsgefühl in diesem weniger lebhaften Stadtteil wird dadurch bei Dunkelheit wesentlich beeinträchtigt. Darum wäre es nötig, daß das Elektrizitätswerk die Lampen so einrichtete, daß ein Ausschalten der Beleuchtung durch solche im Trüben fischenden Burschen unmöglich würde. *

× **Unglücksfälle.** In der Piłsudskistraße (Piłsudskiego) überfuhr am Freitag nachmittag ein mit Pferden bespanntes Fuhrwerk einen Mann namens Bolesław Galle, wohnhaft in der Czarnecki-Kaserne. G. trug eine Quetschung der rechten Brusthälfte davon, die ärztliche Hilfe nötig machte. — Am Freitag stieß einem fünfjährigen Knaben namens Tadeusz Anders ein schweres Mißgeschick zu. Er war dabei zugegen, wie in einer Kammer mittels der Wäschemangel Wäsche gerollt wurde. Dabei wurde das Kind aus irgendeinem Anlasse derartig am Kopf gequetscht, daß man es in ernstem Zustande ins Krankenhaus bringen mußte. *

t. **Wochenmarktbericht.** Die Beschickung des letzten Marktes ließ nichts zu wünschen übrig. Der Marktgang war auch zufriedenstellend. Butter kostete 1,40—1,60, Eier 1,70—1,90, Weißkäse 0,15—0,50. Geflügel gab es in reicher Auswahl: Gänse zu 4,50—8,00 lebend und ausgeschlachtet, Enten desgleichen zu 2—3,80, Puten lebend 4—8,00, Tauben das Paar 0,80—1,00, junge Hühner das Stück 1—1,70, alte Hühner 2,50—3,50. Fische waren auch reichlich zu haben: Karpfen 1,50, Hechte 0,80—1,20, Schleie 0,90, Karauschen 0,70—0,80, Bressen 0,80, Plötze 0,40—0,50, Räucheraal das Pfund 3,00. An den Kartoffelwagen kaufte man Kartoffeln den Zentner mit 2,50—2,80, das Pfund 0,03—0,04. Weißkohl kostete der Zentner 2,70—3,00, das Pfund 0,05, Rotkohl 0,10, Rosenkohl 0,25—0,30, Blumenkohl 0,10—0,50, Spinat 0,30, Wruken 0,10, Rote Rüben 0,10, Mohrrüben 0,10, Kürbis 0,10, Gurken das Stück 0,10—0,15, Maiskolben 0,10—0,20, Zwiebeln 0,15, zwei Pfund 0,25, Grünzeug das Bündchen 0,10—0,15. Äpfel erhielt man für 0,25—0,50, Birnen 0,40—0,60, Weintrauben 1,40—2,00, Walnüsse 0,80—1,20, Pflaumen 0,45—0,50, Pflaumenkreude 0,80—0,90; Rehfüßchen 0,20, Grünlinge 0,15—0,20, Reizker 0,60—0,80, Steinpilze 0,80—1,00; ein Sträußchen Blumen 0,20—0,30, ein Bündchen Tannengrün 0,10—0,15. *

× **Abzuholen.** Zwei Damenhandtaschen sind gefunden und auf dem 1. Polizeikommissariat abgegeben worden. Daselbst können sich die Eigentümerinnen zwecks Wiedererhalts ihres Besitzes melden. *

× **Wegen Spionageverdachts festgenommen** wurde laut dem Sonnabend-Polizeibericht eine Person, außerdem „nur“ sieben Diebe, zwei Betrunkene und zwei sittenlose Frauenspersonen.

× **Ermittelter Einbrecher.** Als einer der an dem Einbruche in die Zentralmolkerei Beteiligten ist ein Mann namens Edmund Matuszewski von hier, ein der Polizei aus seinen gesetzwidrigen Neigungen und Taten her bereits gut bekannter älterer Dieb, entdeckt und arretiert worden. Seine Genossen sind bisher noch im Verborgenen. *

Thorn (Toruń).

Die Deutsche Bühne Thorn.

Der Vorstand der Deutschen Bühne hat in seiner letzten Sitzung dem Vorschlag der Kassenleitung zugestimmt, trotz des drückenden Defizits die Eintrittspreise der Zeit entsprechend zu senken; sie sind auf 2,99, 1,99, 1,30 und 0,80 Złoty festgesetzt. Hierzu kommt für alle Plätze gleichmäßig eine Garderobengebühr von 0,20 Złoty. Noch niedrigere Sätze einzuführen ist leider unmöglich, da die Nebenabgaben zu hohe sind (Arbeitslosensteuer, Rote-Kreuz-Abgabe, 20 Prozent städtische Billettsteuer). Desgleichen wurde beschlossen, von jeder Einstudierung unter allen Umständen nur zwei Aufführungen zu machen, um die Unkosten nach Möglichkeit einzuschränken. Die Bühnenleitung hofft, daß das Publikum ihre Bestrebungen voll und ganz unterstützen und dadurch das Weiterbestehen des kulturell so wichtigen Unternehmens trotz der Schwere der wirtschaftlichen Krise sichern wird.

Die Deutsche Bühne Thorn will zur Feier des Tages, da sie zum ersten Male vor unser Publikum hintrat, diese Spielzeit mit einer Leistung eröffnen, die zeigen soll, was sie in zehnjähriger steter Arbeit geworden ist.
Krise sichern wird.

E. G. Kolbenheyers Drama „Jagt ihn — ein Mensch!“ geht in Szene. Kolbenheyer gehört nicht zu den Schriftstellern, die durch den vorherrschenden Protektionismus sich einen Namen machten. Vielmehr hat sich sein aufrechtes Wesen, sein Können und Wollen und volkstreues Empfinden selbst die Wege zum Ruhm geebnet.

In dem Drama „Jagt ihn — ein Mensch!“ zeichnet er den Konflikt zwischen der Masse Mensch und einem Auserlesenen, der der Masse helfen will. Aber das Mißtrauen gegen diesen einen, der aus der Masse herausragt, die Angst vor dem Hunger, den seine Erfindung bringen könnte, läßt sie nach seinem Werke greifen und es zerschmettern. So jagt die Masse den einzelnen zu Tode. In dieser Tragik spiegelt sich das Leiden unseres Volkes. Hier wird Kolbenheyer zum drohenden Propheten, daß nicht die Masse, sondern nur der Geist den Ausweg aus Angst und Not bringen können.

Wichtig für Hausbesitzer!

Das Finanzamt (Urząd Skarbowy) verlangt jetzt die Vorlage der Quittungen zur Einkommensteuer-Einschätzung, beanstandet aber durchweg die Werte der Häuser zur Abschreibung der Abnutzung und will wissen, daß die Mieten stets viel höher waren. Hierzu ist zu bemerken, daß der zehnfache Jahresmietswert den heutigen Wert der Häuser darstellt und daß man hiervon, dem Gesetz entsprechend, 2 Prozent als Abnutzung abziehen kann. Wenn diese 2 Prozent beanstandet werden, so kann man nach § 16 der Ausführungsverordnung zur Einkommensteuer eine Festsetzung durch Sachverständige von Amtswegen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das Amt, falls die abgezogene Summe der Richtigkeit entsprach. Auch wird die Vorlage von Mietskontrakten verlangt, wo doch das Finanzamt weiß, daß keine Mietsverträge bestehen, weil das Mieterschutzgesetz ja existiert. Hier ist es angebracht, die Mietsquittungsbücher vorzulegen und ferner eine Liste herzustellen, auf der die Mietseinnahmen von 1931 einzeln aufgeführt sind, deren Richtigkeit jeder Mieter durch seine Unterschrift zu bescheinigen hätte. — Das Finanzamt beanstandet sodann auch den Abzug des 10prozentigen Zuschlags zur Einkommensteuer, obwohl ein Allerhöchstes Gerichtsurteil (vom 15. September 1930, L. rej. 2397/28) vorliegt, wonach dies statthaft ist. Man bestehe auf alle Fälle auf diesem Abzug, da man nicht genötigt ist, ein Urteil des Allerhöchsten Gerichts zu ignorieren, wie es der Urząd Skarbowy leider tut. * *

‡ **Der Wasserstand der Weichsel** nimmt, vermutlich infolge der letzten starken Regenfälle, langsam zu. Von Freitag bis Sonnabend früh stieg er um 3 Zentimeter auf 0,20 Meter über Normal an. Mit weiterem Anwachs ist zu rechnen. * *

t. **Standesamtliche Nachrichten.** In der Woche vom 2. bis 8. Oktober gelangten auf dem Thorner Standesamt zur

Anmeldung: 24 eheliche Geburten (18 Knaben und 6 Mädchen) und 1 uneheliche Geburt (Knabe), ferner 21 Todesfälle (11 männliche und 10 weibliche Personen), darunter 6 Personen im Alter von über 60 Jahren und 6 Kinder im ersten Lebensjahre. In demselben Zeitraum wurden 6 Eheschließungen vollzogen. * *

* **Eine Reinigung des gesamten Wasserleitungsnetzes** fand in der Nacht zum Sonntag statt. Wir fanden die Bekanntmachung hierüber erst in der Sonntagnummer des „Słowo Pomorskie“, so daß wir unsere Leser leider nicht früher benachrichtigen konnten. * *

* **Die neuen Arbeitslosensteuern** brachten dem Magistrat im Monat September folgende Summen ein: von Mietsquittungen 219 Złoty, von Eintrittskarten 395,62 Złoty und von „Nachtschwärmern“ (Hockersteuer) 484,68 Złoty. * *

‡ **Die Feuerwehr** wurde Freitag abend vor 9 Uhr durch Melder nach dem am Rande des früh. Glacis in der Nähe des Mellienstraßendurchbruchs (ul. Mickiewicza) belegenen alten Wallmeisterhäuschen gerufen (jetzt Dom Wojskowy Nr. 310), dessen Dachstuhl in Flammen stand. Das hölzerne Haus wird von dem Unteroffizier Zygmunt Sobotowicz von der 8. Flieger-Artillerie-Division bewohnt, dessen Möbel in Sicherheit gebracht werden konnten. Die Wehr hatte mit der Brandbekämpfung etwas über eine Stunde zu tun. * *

‡ **Wegen Vagabundage** und Bettelei erfolgten zwei Festnahmen. Sodann wurden fünf Betrunkene zwecks Ausnüchterung zur Wache gebracht und zwei gesuchte Personen verhaftet. * *

‡ **Aus dem Landkreise Thorn,** 15. Oktober. Einbrecher gelangten in der Nacht zum Sonntag in den Kolonialwarenladen von Fr. Arendt in Seglein (Zelgno), nachdem sie vorher eine Fensterscheibe entfernt hatten. Sie erbeuteten für etwa 300 Złoty Kolonial- und Tabakwaren, mit denen sie unbehelligt entkommen konnten. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

Die Waffe in Kinderhand.

Ein Achtjähriger schießt auf seine 10jährige Schwester.

* **Unislaw,** 17. Oktober. Ein erschütternder Vorfall ereignete sich am vergangenen Freitag. Als um 7 Uhr der Feldwächter Paul Lewandowski von seiner Arbeit zurückkehrte, ließ er sein geladenes Gewehr in einer Ecke des Zimmers stehen, so daß sein 8jähriges Söhnchen Roman damit spielen konnte. **Der Knabe legte das Gewehr auf seine Schwester an und gab einen Schuß ab, der das 10jährige Mädchen schwer verletzte, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.**

ef **Briesen** (Wąbrzeźno), 16. Oktober. Unbekannte Diebe statteten dem Landwirt Wielgura in Leutsdorf einen unerwünschten Besuch ab und hießen einen größeren Posten Garderobe mitgehen. — Aus bisher unaufgeklärten Gründen brach bei dem Besitzer Jastrzębski in Elgiszewo Feuer aus. Das ganze Anwesen, Scheune, Stall und Wohnhaus, wurde ein Raub der Flammen. Der entstandene Schaden beträgt 20 000 Złoty und ist durch Versicherung gedeckt. Es wird Brandstiftung vermutet. — Durch Herausnehmen einer Fensterscheibe gelangten Diebe in die Schule in Mlewo und stahlen der Lehrerin Rolbiecka ein Fahrrad sowie Küchengeräte im Werte von insgesamt 250 Złoty.

* **Culm** (Chełmno), 15. Oktober. In Flammen aufgegangen ist gestern nachmittag in Dąbrówka hiesigen Kreises ein unversicherter, etwa 100 Złoty Wert besitzender Strohstaken des Landwirts Maciej Deręgowski. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Der Führer der Deutschen in Polen zur Winterhilfe.

Wenn wir auch seit Jahren der festen Formung unserer Gemeinden entraten müssen: zur gemeinsamen Tat genügt das Bewußtsein unserer Zusammengehörigkeit.

Unsere Einheit, in Notzeiten geboren und in vielerlei Not bewährt, wird ihre Kraft von neuem erweisen, wenn es gilt, für diejenigen einzustehen, die sich aus eigenem Verdienst nicht über die harten Wintermonate hinweghelfen können. **Naumann.**

v. **Culmsee** (Chełmża), 15. Oktober. Der nächste Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt findet am Mittwoch, 19. Oktober d. J., an der ul. Paderewskiego und Mickiewicza statt.

tz. **Konitz** (Chojnice), 16. Oktober. Vor dem hiesigen Bezirksgericht hatten sich die Eheleute Kabat aus Vandsburg wegen Meineids zu verantworten. Die Verhandlung ergab die völlige Unschuld der Angeklagten; sie wurden freigesprochen und die Gerichtskosten dem Staatsschatz auferlegt. — Aus Schlagenthin wird gemeldet, daß die Fischdiebe, die lange Zeit die Gewässer der Umgegend beraubten, verhaftet werden konnten. Es wurde ihnen ein Netz und 30 Pfund Fische abgenommen.

* **Mewe** (Gniew), 16. Oktober. Auf dem letzten Wochenmarkt kosteten: Molkereibutter 1,60, Landbutter pro Pfund 1,30—1,50, die Mandel Eier 1,80—2,00.

h. **Neumark** (Nowemiasto), 15. Oktober. Der Jahrmarkt am letzten Mittwoch war recht gut beschickt und auch besucht. Recht zahlreich war die ländliche Bevölkerung erschienen, die ihre Einkäufe für den kommenden Winter tätigte. Für gutes Milchvieh zahlte man 120—160 Złoty, Jungvieh kostete 40—100 Złoty. Pferde gab es je nach Güte von 20—280 Złoty, Ziegen von 8—15 Złoty. Taschendiebstähle sind „nur" drei vorgekommen. Die Polizei hatte dem schon vorgebeugt und gleich morgens acht ihr bekannte Langfinger für die Zeitdauer des Marktes ins Arrestlokal eingesperrt. Während des Marktes kam es zwischen mehreren Burschen zu einer blutigen Schlägerei. Hierbei erhielt der Besitzerssohn Władysław Iwankowski aus Skarlin einen Messerstich in den Rücken. Im bedenklichen Zustande mußte der Verletzte ins Kreiskrankenhaus eingeliefert werden.

p. **Neustadt** (Wejherowo), 15. Oktober. Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Kartoffeln 2, Eier 1,70—1,90, Butter 1,30—1,70. Für Ferkel wurden gegen Mittag 14 bis 18 Złoty das Stück gezahlt. — Laut Beschluß der hiesigen Bäckerinnung wurde der Preis für das Dreipfundbrot von 55 auf 50 Groschen herabgesetzt.

m. **Pelplin,** 14. Oktober. Die diesjährige Kampagne der Pelpliner Zuckerfabrik hat mit dem 11. d. M. begonnen. Die Direktion hat, um mehreren Arbeitern Verdienstmöglichkeit zu schaffen, die Arbeitszeit auf vier Schichten eingeteilt, so daß die Ablösung alle sechs Stunden erfolgt. — Am Donnerstag, 20. d. M., findet in Pelplin ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

g. **Stargard** (Starogard), 14. Oktober. Zu der Meldung über den Prozeß Wencki wird mitgeteilt, daß die Verhandlung noch nicht stattgefunden habe.

Freie Stadt Danzig.

* **Prügel für einen Messerhelden.** Zu einer Schlägerei kam es in Zoppot in der Südstraße. In einem in der Nähe befindlichen Lokal waren mehrere Arbeiter nach reichlichem Alkoholgenuß in politische Meinungsverschiedenheiten geraten, und es entstand ein heftiger Wortwechsel. Als die Streitenden das Lokal verlassen hatten, setzten sie ihre Fehde auf der Straße fort, wobei ein Arbeiter ein Messer zog und die Andersdenkenden damit angriff. Der Messerheld hatte sich aber diesmal gründlich verrechnet. Den Angegriffenen gelang es, ihm das Messer zu entreißen und ihm eine gehörige Tracht Prügel zu versetzen, worauf er hilferufend die Flucht ergriff. Verletzungen hat er jedoch nicht erlitten. †

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 14. Oktober.

Der Danziger Heimatdienst hat seine Winterarbeit aufgenommen mit einem Schulungskurs über den freiwilligen Arbeitsdienst. Der Geschäftsführer Dr. Rudolph konnte in dem hübschen Erholungsheim Saskoschin im Landkreis Höhe 45 Vertreter von 20 verschiedenen Organisationen begrüßen, die sich des Problems besonders angenommen haben, ebenso den Leiter des Kursus Dr. Raupach, der mit einem Stabe von Mitarbeitern von der Mittelstelle für Arbeitsdienst in Volkslagern, Berlin, entsandt wurde. Regierungspräsident a. D. Foerster gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Seele des jungen Menschen im Rhythmus des freiwilligen Arbeitsdienstes neue Schwungkraft erhalte. Vizepräsident des Senats Dr. Wiercinski-Keiser dankte namens der Regierung für das Unternehmen. Den einleitenden Vortrag hielt Dr. Keil vom Grenzschulheim Boberhaus in Schlesien über die Geschichte der deutschen Arbeitsdienstbewegung, der darauf hinweisen konnte, daß schon 1925 Jugendbünde sich bemühten, in Arbeitslagern eine neue Lebensform für die Jugend zu schaffen. Längst vor der gesetzlichen Regelung des freiwilligen Arbeitsdienstes wurden Studenten Träger der Arbeitslagerbewegung, sie bringen den Geist der Front- und Werkstudenten in die Lager. Bald wird der Kreis durch junge Arbeiter und Bauern erweitert, bis dann die gesetzliche Regelung kommt. Dr. Raupach sprach über die Lehren der Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien für Deutschland. Während in dem Kleinbauernland Bulgarien, wo man eine Arbeitslosigkeit nach unseren Begriffen nicht kennt, der Arbeitsdienst der Wirtschaft keine Konkurrenz macht, müsse

der deutsche Arbeitsdienst in erster Linie eine sozialpädagogische Maßnahme

sein, um die Erwerbslosen wenigstens vorübergehend wieder in geordnete Verhältnisse zu führen und neue Bindungen von Mensch zu Mensch und Stand zu Stand zu schaffen und eine neue Kameradschaft des jungen Volkes. Nur so wird man auch von der allgemeinen Dienstpflicht die Überzeugung ins Volk tragen können. Zwischen den Vorträgen war Arbeitsdienst im Freien, Turnen usw. Im weiteren Verlauf des Kurses legte Dr. Raupach dar, daß bei der

Auswahl der Arbeitsprojekte

und bei der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen noch mancherlei Fehlleitungen vorkämen. Das große Angebot feiwilliger Kräfte könne noch nicht überall sinnvoll eingesetzt werden, weil die Anforderungen der Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit nicht leicht zu erfüllen seien, weil sie leicht die Grenzen berühren, die durch Privatwirtschaft und Arbeitsaufgaben der öffentlich-rechtlichen Verbände gesetzt sind. Das gehe aber nicht auf die Dauer. Solle nicht die Bewegung an Schwung verlieren, müßte die Gesamtheit der Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst als Teil eines sinnvollen Wirtschaftsganzen erkennbar werden. Die Landesplanung scheine einen Weg aufzuzeigen. Zunächst müsse eine Arbeitsverteilungs-Zentrale eingerichtet werden, die von sich aus Sammlung und Zuteilung der Arbeit unter Ausschaltung einer schädlichen Konkurrenz der Verbände vornimmt. Eine solche Planung sei am leichtesten in kleineren Gebietseinheiten zu vollziehen, in denen eine direkte Zusammenarbeit zwischen freien Verbänden und verantwortlicher Staatsführung möglich sei, wie diese Vorbedingungen in glücklichster Weise in Danzig gegeben seien. Bei der Auswahl der Teilnehmer soll das Ziel vorschweben, in einem Ausschnitt des ganzen Volkes eine neue Volksgemeinschaft lebendig zu gestalten, wobei den Erwerbslosen natürlich ein Vorrang einzuräumen ist. Studenten und Jungakademiker müssen aber freiwillig mitwirken, das Bildungsniveau der Lager zu heben und sie zu lebendigen Zellen einer neuen Volksordnung zu machen. Herr Gothe-Kiel behandelte das Lager als Arbeitsgruppe. Er betonte, daß die körperliche Arbeit den Grundakkord des Lagers angebe. Sechs Stunden körperliche Arbeit seien nach den bisherigen Erfahrungen als Norm zu empfehlen. Im Lager sei zur Werktreue und Selbstverantwortlichkeit zu erziehen. Der Führer muß Vorbild in der Arbeit sein. Die geistige Arbeit wird von Arbeitsgemeinschaften in der Arbeitsmethode der Volkshochschulen zu leisten sein.

Im Führer des Lagers

müsse Moltkes Wort verkörpert werden: „Wenig scheinen, mehr sein; viel leisten, wenig hervortreten." Je weniger er zu befehlen brauche, um so stärker sei dem Führer seine Aufgabe gelungen, aus den einzelnen Lagerteilnehmern eine Gemeinschaft zu machen.

Die Teilnehmer der Danziger Organisationen, des Jungdo, des Danziger freiwilligen Arbeitsdienstes, des Deutschen Heimatbundes, der Einwohnerwehr, der katholischen Jugend und der Sport- und Turnvereine, berichteten über ihre Erfahrungen im freiwilligen Arbeitsdienst.

Der Kursus wird fortgesetzt.

Die frühere Kronprinzessin mahnt.

In Magdeburg fand am Sonntag der 3. Landesverbandstag des Bundes Königin Luise statt. Weit über 5000 Mitglieder der sechs Gaue des Landesverbandes Sachsen-Nord nahmen an der Tagung teil. Ein Festakt in der Stadthalle bildete den Höhepunkt der Tagung. Mit brausendem Beifall wurde die Kronprinzessin begrüßt, die in einer kurzen Ansprache u. a. ausführte, daß nur im folgerichtigen Aufbau der Geschlechter, nur in der festgewurzelten Tradition von Generation zu Generation ein Volk in seiner seelischen Verfassung gedeihen könne. Keines Menschen Leben schwebe in der Luft, ebensowenig das Leben eines ganzen Volkes. Würden wir Deutsche in der Gegenwart unsere starken Volkskräfte zum Nutzen und zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes lebendig gestalten, so müßten wir aus unserer großen geschichtlichen Vergangenheit schöpfen. Einen besonderen Appell richtete die Kronprinzessin an die deutsche Jugend. Durchdrungen von festem, zuversichtlichem Glauben an Gott und an die Zukunft unseres Volkes, verbunden mit der großen Geschichte unserer Heimat, würden wir uns lebensfähig erhalten können, wenn wir nur den festen, unbeirrbaren Willen dazu haben. Innerlich müßten wir uns immer tiefer vorbereiten, um den Kampf gegen die Gottlosigkeit, gegen die Gleichgültigkeit und Mutlosigkeit aufzunehmen. Der Bund Königin Luise, der über 100 000 Frauen zähle, wolle ein Sammelbecken sein für alle nationalen deutschen Frauen. Die Rede der Kronprinzessin wurde mit langanhaltendem Beifall aufgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

S. A. 100. Da Sie 1924 im früher preußischen Teilgebiet geheiratet und keinen Ehevertrag abgeschlossen haben, leben Sie mit Ihrer Frau nicht in Gütergemeinschaft, sondern in „Gesetzlichem Güterrecht", d. h.: jeder Ehegatte ist Eigentümer desjenigen Vermögens, das er in die Ehe eingebracht hat, aber der Ehemann hat die Verwaltung und Nutznießung des von der Frau eingebrachten Gutes. Die gesetzliche Erbfolge ist die: da die Ehe kinderlos ist, erbt der überlebende Ehegatte, also wenn Sie sterben, Ihre Frau, die Hälfte des Nachlasses und da Ihre Eltern nicht mehr am Leben sind, Ihre Geschwister die andere Hälfte. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist, wenn keine Abkömmlinge vorhanden sind, das Erbrecht so geregelt, daß in solchem Falle neben dem überlebenden Ehegatten zur Erbschaft berufen sind die Eltern des Erblassers zu gleichen Teilen oder, falls diese nicht mehr am Leben sind, deren Abkömmlinge, d. h. deren Kinder resp. Kindeskinder. Daraus ergibt sich von selbst, daß zwischen Ihren richtigen und den Stiefgeschwistern, die als Erben Ihres Nachlasses in Frage kommen, ein Unterschied besteht. Nämlich Ihre richtigen Geschwister erben nach Vater und Mutter. Ihre Stiefgeschwister sind dagegen nur an der Quote des Erbes beteiligt, die auf Ihren Vater entfallen wäre, wenn er nach Ihrem Tode noch gelebt hätte. Mit anderen Worten: an dem Erbanteil, der auf den Vater entfallen wäre, also an einem Viertel Ihres Nachlasses, sind als Erben Ihres Nachlasses alle Ihre Geschwister beteiligt, bei dem Erbteil, der auf Ihre Mutter entfallen wäre, kommen aber Ihre Stiefgeschwister überhaupt nicht in Frage. Und was Ihre Stiefmutter anlangt, so hat diese mit Ihrem Nachlaß nichts zu tun, sie scheidet als Erbe vollständig aus. Um Ihrer Frau Ihren Nachlaß ganz zu sichern, ist ein Testament erforderlich. Sie können ein solches Testament selbst errichten, die Formalitäten sind sehr einfach: es braucht nur eine unter Angabe des Ortes und Tages von Ihnen selbst geschriebene und unterschriebene Erklärung zu sein, die Ihren Willen kundgibt. Ihr Name muß auf dem Schriftstück zu allerletzt stehen. Ein solches Testament können Sie selbst in Verwahrung nehmen oder es deponieren, wo Sie wollen. Da keine Kinder vorhanden sind und Ihre Eltern nicht mehr leben, sind Pflichtteilsberechtigte nicht vorhanden. Sie können also über Ihren Nachlaß ohne jede Einschränkung ganz selbständig verhandeln.

Willy H. Sie sind der betreffenden Stelle über Ihre Tätigkeit keine Rechenschaft schuldig.

„Hypothek (Mecklenburg)." 1. Die betr. Dame, die jetzt durch die Zession eines Ihrer Geschwister in den Besitz eines Teils der Hypothekenforderung gelangt ist, kann gesetzlich nicht zur Mitkündigung ihres Anteils gezwungen werden. Das ist aber u. E. auch nicht nötig, denn die vier Gläubiger der Hypothek sind nicht Gesamtgläubiger und können deshalb jeder für sich ihre Anteile gemäß § 420 B. G. B. kündigen, da es sich ja bei der Hypothek nicht um eine unteilbare, sondern um eine teilbare Leistung des Schuldners handelt. Wir sind auch nicht der Ansicht, daß das Amtsgericht Ihre Kündigung für rechtswirksam erklärt hat, weil der eine Anteil nicht mitgekündigt worden ist, wir glauben vielmehr, daß die Unwirksamkeit der Kündigung ausgesprochen wurde, weil nach dem Gesetz vom 18. 7. 30 für die Kündigung eine ganz andere Frist vorgesehen ist, als in Ihrer Kündigung angegeben ist. Übrigens hätte Ihnen das Amtsgericht mitteilen müssen, daß die Kündigung unwirksam ist und aus welchem Grunde. Vielleicht richten Sie dieserhalb an das Amtsgericht eine Anfrage. 2. Natürlich ist der Schuldner nach Ablauf des Moratoriums zur Rückzahlung verpflichtet, aber wir sind der Ansicht, daß Sie, wie schon in der ersten Auskunft angegeben, auf Zahlung schon jetzt Anspruch haben. Zu irgendwelchen Konzessionen an den Schuldner sind Sie nicht verpflichtet, namentlich können Sie auch nicht gezwungen werden, einer anderen Hypothek einen Vorrang einzuräumen. 3. Eine nachträgliche Kündigung mit rückwirkender Kraft ist ausgeschlossen.

M. M. 100. Wenn Sie nicht Eigentümer des Werkes sondern nur Betriebsleiter sind, so geht doch jede Entlohnung für die im Werk geleistete Arbeit in die Kasse der Eigentümerin und nicht in die Ihre. Auf die Bezahlung für den Lohnschnitt hat also nur die Eigentümerin Anspruch, und wenn Ihr Gläubiger die Hand darauf legt, so ist Ihre Frau zur Intervention berechtigt, denn das eingebrachte Gut der Frau haftet nicht für die Schulden des Mannes.

E. Bl. Wenn der Mieter mit zwei auf einander folgenden Mietsraten im Rückstande ist, können Sie ihn exmittieren.

P. Z. 500. 1. Die frühere Westpreußische Landschaftsdirektion in Bromberg existiert nicht mehr; die frühere Westpreußische und Neue Westpreußische Landschaft bestehen jetzt unter der Firma „Westpreußische Landschaften" in Marienwerder. Die nicht zurückgezahlten Hypotheken der beiden genannten Westpreußischen Landschaften sind auf Grund des deutsch-polnischen Aufwertungsabkommens vom 5. Juli 1928 auf das Poznańskie Ziemstwo Kredytowe (früher Posener Landschaft) übergegangen. 2. Wir können Ihnen nicht angeben, welche Differenz Sie nachzuzahlen haben, da wir nicht wissen, was der Verkäufer mit der von Ihnen gezahlten Kriegsanleihe angefangen hat, insonderheit, ob er sie noch besitzt oder, wenn er sie verkauft hat, wann dies geschehen ist. Ohne diese Angaben ist eine Auskunft über diesen Punkt unmöglich.

Do. X. 1932. 1. Sicher ist eine solche Eintragung dann, wenn der eingetragene Geldbetrag den Wert des Grundstücks nicht übersteigt. Für die Beurteilung des Wertes einer solchen Eintragung ist es von Wichtigkeit zu wissen, wie hoch die eingetragene Summe ist, ferner die Größe des Grundstücks und in welchem Range die Hypothek steht. 2. Die Verzinsung kann sehr verschieden sein je nach der Vereinbarung zwischen den Parteien. Eine Regel für die Verzinsung gibt es nicht.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 19. Oktober.

Königswusterhausen.

06.35: Von Berlin: **Konzert.** 09.30—10.00: **William Wauer:** Beschäftigungsstunde für Unbeschäftigte (III). 12.00: **Wetter.** Anschl.: Bekanntes aus der **Kammermusik** (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 14.45: Kinderstunde. Kindertheater. Wie sich der Quartaner Hans Harald seinen Tageslauf wünscht. Hörspiel für Kinder von Otto Wollmann. 15.45: Frauenstunde. Thekla von Arnoldi: Wir wollen Obstbäume pflanzen. 16.00: Pädagogischer Funk. Ob.-Stud.-Dir. August Lesson: Die Stellung der Unterrichtsfächer im höheren Schulwesen. Deutsch. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Louis von Kohl: Nordisches Christentum als Wegweiser (II): Sören Kierkegaard und sein subjektives Christentum. 18.00: Dr. N. Feinberg: Musiker-Studien. Beethoven-Ouvertüren (I). 18.30: Dr. Arthur Berger: Dr. h. c. von Berlepsch zum 75. Geburtstage. 18.55: Wetter. Anschl.: Englischer Unterricht (Marga von Kuhlwein, Lektor William Mann). 19.35: Stunde d. Beamten. Min.-Rat Dr. Mallwitz: Beamte und Sport. 20.00: Von Berlin: **Konzert auf elektrischen Instrumenten.** 20.50: Von München: **„Drei Kaiserjäger".** 22.20: Wetter, Nachr. und Sport. 22.45—24.00: **Von Budapest** (Ungarn): Zigeunermusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: **Von Berlin: Konzert.** 08.15 ca.: **Funkgymnastik. 08.30 bis** 08.55: Schulfunk. 11.30 ca.: Von Leipzig: Konzert. 13.05 ca.: Konzert (Schallplatten). 14.05: Konzert (Schallplatten). 15.30: Pädagogische Arbeitsgemeinschaft. 16.00: Von Gleiwitz: Geschichten vom Jazzek. 16.20: Schlä'sche Durfkinderla. 17.00: Unterhaltungskonzert. 17.45: Luftschutz. 18.10: Konzert-Fortsetzung. 19.10: Der neueste Stand der Kommunalpolitik. 19.30: Wetter. Anschl.: Anfänge der oberschlesischen Industrie. 20.00: Von Berlin: **Konzert auf elektrischen Instrumenten.** 21.00: Abendberichte. 21.10: Von Frankfurt: **Bitte recht freundlich!** 22.50—24.00: Zur Unterhaltung und Tanz.

Königsberg-Danzig.

06.30—08.15: **Konzert** (Schallplatten). 09.00: Schulfunkstunde. 09.15: Der Funkkasperl ist da! 11.05: Landmaschinenfunk. 11.30: Von Leipzig: **Konzert.** 13.05: **Unterhaltungsmusik.** 15.20: Praktische Winke und Erfahrungsaustausch von einer Hausfrau. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Elternstunde. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Von Danzig: Volkslieder zur Laute aus aller Welt. Käthe Schwarz-Neubeck. 17.50: Bücherstunde. 18.20: Heitere Zeitbilder — trotz alledem. 18.45: Bridge-Unterricht. 19.10: Wetter. 19.15: Von Berlin: Zum Gedächtnis von Walter Schrenk. 19.35: Autorenstunde. Karl-Heinrich Waggerl liest aus eigenen Werken. 20.00: Von Berlin: **Konzert auf elektrischen Instrumenten.** 21.05: **Tanz-Abend.** Kleines Orag-Orchester. 22.30: Wetter, Nachrichten, Sport. Anschl. bis 24.00: **Von Budapest** (Ungarn): Zigeunermusik.

Warschau.

12.10—13.20: Schallplatten. 16.25: Schallplatten. 17.00: Rubinstein-Programm. Funkorchester. 17.20: Schallplatten. 18.00: Leichte Musik. 20.00: Leichte Musik (Schallplatten). 21.05: **Serenaden-Konzert.** Das polnische Streichquartett und Wierzbicki, Baß. 22.15: Tanzmusik. 22.40: **Vortrag in deutscher Sprache:** Die Entwicklung des Sportfluges in Polen. 23.00: Tanzmusik-Fortsetzung.

Die Londoner Gespräche
im Spiegel der polnischen Presse.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Der Besuch Herriots in London **weckt in den polnischen maßgebenden Kreisen mannigfache Befürchtungen**, dagegen in den derzeit noch unmaßgeblichen **Kreisen der nationalistischen Opposition unverhohlen pessimistische Gefühle**. Herriot ist zwar ein durchaus braver Mann, — wie ihm vom **„Kurjer Warszawski“** feierlich bescheinigt wird — aber leider Gottes schließlich **nur ein französischer und kein polnischer Ministerpräsident**, daher sei die berechtigte Befürchtung vorhanden, daß ihm manche Warschauer Begriffe von der absoluten Identität der französischen und polnischen außenpolitischen Interessen **nicht jederzeit ganz geläufig sein könnten**.

Es kommt noch hinzu, **daß niemand dafür bürgen kann**, daß Macdonald im vertraulichen Gespräch mit Herriot nicht Argumente einfallen, die auf die französische Mentalität des letzteren ihre Wirkung nicht verfehlen werden. Läge es an Warschau, so würde man Herriot überhaupt nach London nicht reisen lassen und wenn dies schon geschehen müßte, so hätte er sich **zumindest nicht so mutterseelen allein über den Kanal wagen sollen**. Warum hat er sich nicht genügend vorgesehen und sich von den bundesgenössischen Außenministern nicht zuvor beraten lassen?

Man braucht kein Hellseher zu sein, um sich die Geschäftigkeit einigermaßen vorzustellen, von der jetzt die Gemächer in der Wierzbowagasse widerhallen. Während in London Herriot mit Macdonald spricht, belehren die Referenten, welche die Meinung der „maßgebenden Kreise“ kennen, die herbeigeklingelten Journalisten. Worüber werden die Journalisten belehrt? Vor allem darüber, daß das französische Abrüstungsprojekt gewisse für Polen bedrohliche Mängel aufweist, zweitens, daß die Parole jetzt laute:

Demonstrativer Zusammenschluß aller Bundesgenossen Frankreichs, um Paris vor egoistischen Nachgiebigkeiten zu warnen.

Meine Herren, Sie müssen das mit dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit machen: schonend und sachlich in der Form, energisch in der Sache! Während die meisten Regierungsblätter noch Nachrichten aus London und Paris abwarten, hat sich der Krakauer **„Kurjer“** beeilt, „die Glossen der „maßgebenden Kreise“ zu Herriots Londoner Reise und zu den in Warschau Bedenken erregenden Unübersichtlichkeiten der französischen Diplomatischen Arbeit in aufsehenerregender Weise der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Das Publikum wird hiermit aufgefordert, sich aufzuregen!

„Die Warschauer maßgebenden Kreise“ — meldet der amtlich inspirierte Warschauer **Korrespondent** des Krakauer **„J. K. C.“** — „stehen auf dem Standpunkte, **daß die Frage der Gleichberechtigung ohne die Teilnahme Polens nicht erledigt werden könne** und daß die Teilnahme Polens hier eine Notwendigkeit sei. Dies sei mit aller Entschiedenheit festzustellen, ohne Rücksicht auf den Skeptizismus, mit dem von der Möglichkeit des Zustandekommens oder der eventuellen Ergebnisse der von Macdonald vorgeschlagenen Londoner Konferenz gesprochen wird.“ Sofern der Besuch Herriots in London nicht einzig einen Höflichkeitscharakter haben sollte, sondern zur Einberufung einer zweiten Konferenz in der Frage nicht der Ab-, sondern der Aufrüstung beizutragen hätte, ist anzunehmen,

daß Herriot die Frage der Teilnahme Polens außer Zweifel lassen werde.

Es ist auch vom Gesichtspunkt der französischen Politik notwendig, daß sich neben Frankreich auch dessen Bundesgenossen in London vorfinden.“

„Die Entwicklung der Ereignisse auf dem Hintergrunde der Initiative Macdonalds zur Einberufung einer Konferenz der Mächte weist darauf hin — lautet weiter die dem beflissenen Journalisten mitgeteilte Inspiration — daß **das Projekt des Chefs der britischen Regierung zu einem Mißerfolg verurteilt sei.** Von französischer Seite wird mit Recht unterstrichen, daß die Frage der deutschen Rüstungen **ausschließlich zur Kompetenz aller Signatare des Versailler Vertrages und nicht bloß der Großmächte gehöre.** Es genügt, auf die Bestimmungen des Art. 146 dieses Vertrages hinzuweisen, der die Frage der Modifikation der in der bekannten, dem Versailler Vertrage beigefügten Tabelle festgesetzten Rüstungsausmaße dem Völkerbundrate überweist. Es sei daher gemäß der amtlichen polnischen Inspiration — undenkbar, daß die Staaten, deren Sicherheit **mit den deutschen Rüstungen eng verknüpft ist, bei der Erörterung der deutschen Forderungen übergangen werden könnten.** Es ist festzustellen, **daß zu diesen Staaten alle mit dem Deutschen Reiche benachbarten Staaten gehören.** Also nicht nur die Großmächte, sondern in noch höherem Grade: **Belgien, die Tschechoslowakei und Polen.** Es unterliegt keinem Zweifel, daß **Herriot in London diesen rechtlichen und tatsächlichen Sachverhalt noch einmal unterstreichen wird.**

„Polen — **heißt es weiter** — **hält** unerschütterlich an den **Bestimmungen der internationalen Abmachungen** fest und verlangt deren strikte Einhaltung. Daher erscheint es vom polnischen **Gesichtspunkte** aus nicht als möglich, daß die deutschen Revindikationen anders, als **im Schoße des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz** behandelt werden könnten . . . **Wenn es aber** — woran die hiesigen politischen Kreise zweifeln — **zu der** von Macdonald vorgeschlagenen **Vorkonferenz** kommen sollte, . . . so ist es klar, daß die eben genannten am meisten interessierten Staaten, zu denen vor allem Polen gehört, **eine Beteiligung an der Vorkonferenz** verlangen müssen.

Über das französische Projekt, das Herriot in London vorlegen soll, lautet die Inspiration der maßgebenden . . . Referenten des Pressebureaus des Außenministeriums wie folgt: „Das Projekt stützt sich auf die Konzeption einer engen Verbundenheit des Abrüstungsproblems mit dem Sicherheitsproblem. In dieser Hinsicht **wird Polen** wie bisher **alle Bestrebungen Frankreichs zur Vergrößerung der Sicherheit loyal unterstützen.**“ Doch macht Polen hier allerdings seine Vorbehalte geltend. In der halbamtlichen Fassung lauten sie:

„Was die von Deutschland vorgestellte These **der Gleichheit des Rechts auf Rüstung** anbelangt, wird das französische Projekt der Abfassung eines Protokolls in der Sache der Anwendung dieses Grundsatzes **nur insofern die berechtigten Interessen der Signatare des Versailler Vertrages sicherstellen können,** ohne eine Gefahr der Unterhöhlung des V. Teiles dieses Vertrages zu bilden, **als es (das Protokoll) auf der Basis des tatsächlichen status quo der** im Besitze (der betreffenden Staaten) befindlichen **Streitkräfte zustande kommen** wird.

„Schließlich ist festzustellen, daß

das sogenannte Ostlocarno,

wenn es auf zehn Jahre beschränkt wäre, **keinen Nutzen** bringen, im Gegenteil, Beunruhigung hervorrufen würde. Die polnische Regierung muß also, ähnlich wie es die französische Regierung in anderen Fragen getan hat, verlangen, daß **das eventuelle politische Moratorium mit den Verpflichtungen auf dem Gebiete der Abrüstung und der Sicherheit eng verbunden werde.**“

Alles dies ist in einem Stile gehalten, wie er den maßgebenden Kreisen gemäß ist, damit kein Zweifel an ihrer Weitsichtigkeit und Energie aufkomme. Indessen behandelt die Opposition, welche mit den maßgebenden Kreisen, wo sie keine Vertreter hat, nicht solidarisch ist, dasselbe Thema in einem anderen Tone.

Nur „keine Illusionen“! —

ruft die **„Gazeta Warszawska“** aus. Das Blatt stellt fest: „Es ist heute schon klar, daß es unter dem Druck der Großmächte **zu einem Kompromiß zwischen Frankreich und Deutschland** in der Frage der deutschen Forderung **der Rüstungsgleichheit** kommen werde. Das Wesen dieses Kompromisses ist bereits festgelegt: **Deutschland wird jene Gleichheit zugestanden werden,** während Frankreich dafür das Versprechen erhalten wird, daß die Deutschen die Armee und die Waffen, welche sie haben werden, zur Störung des europäischen Friedens nicht verwenden werden. Die Deutschen werden im Austausch gegen eine völlige Fiktion eine ganz reale Sache erhalten“ . . . Für dieses Blatt steht es fest, daß die Deutschen die übernommene Verpflichtung nicht einhalten werden. **Deutschland wird seine Armee nicht einmal als Kriegswerkzeug zu verwenden brauchen, sie wird ihm bereits im Frieden als Druckmittel dienen.** „Nach so und so vielen Jahren wird Deutschland eine Armee haben, die in seiner Hand ein Werkzeug zur Unterstützung einer neuen Reihe von Forderungen, diesmal in der Frage der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages sein wird.“ Ein eventuelles Versprechen Deutschlands, daß es im Laufe von 5, 10 oder 20 Jahren eine Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht fordern werde, sei wertlos: **Erstens, weil keine Garantie besteht,** daß dieses Versprechen eingehalten werden wird, zweitens: wäre **die Festsetzung eines solchen Termins nichts anderes als „eine Ankündigung, daß nach dessen Ablauf Deutschland mit** seinen Forderungen hervortreten werde, und — was schlimmer ist — es wird dann dazu gewissermaßen berechtigt sein.“

Angesichts der Vorbereitungen zu diesem neuen **„Locarno“** sei

„die Rolle Polens, leider, sehr bescheiden . . .“

„Wir geben uns davon Rechenschaft, daß wir nicht imstande sind, zu verhindern, was kommen wird, denn die Voraussetzungen zu den sich vor uns abspielenden Ereignissen liegen in der ganzen Nachkriegspolitik der Siegerstaaten. Man müßte das ganze System der europäischen Politik umkehren und das ist im jetzigen Augenblick nicht zu erwarten, denn **an diesem System hält Frankreich, das hauptsächlich interessierte Land fest . . .**“ Der Schluß? Da die geplanten Garantien für Polen wertlos seien, bleibt nichts anderes übrig als flott fortzurüsten. Das wird ja auch ohnedies getan . . .

Einstein geht nach Amerika.

Schwerer Verlust für die deutsche Wissenschaft.

Der Prophet gilt nichts
in seinem Vaterlande.

Albert Einstein verläßt Deutschland, um ständigen Wohnsitz in den Vereinigten Staaten zu nehmen. Er war im Laufe der letzten Jahre wiederholt Gast der amerikanischen Gelehrten und es ist schließlich den Amerikanern gelungen, den großen Gelehrten zur Übersiedlung nach USA. zu überreden.

Der Schöpfer der Relativitätstheorie ist eine in Deutschland umkämpfte Persönlichkeit. Er steht politisch links, ist überzeugter Pazifist und beteiligt sich an verschiedenen politischen Aktionen in einer Weise, wie man dies von einem sonst zurückgezogen lebenden Professor kaum erwartet hätte. Aber selbst im Lager der politischen Gegner Einsteins wird nicht bestritten, daß er ein genialer Gelehrter ist.

So sehr man bei uns die wissenschaftlichen Verdienste Einsteins schätzt: man ist vielleicht in Deutschland etwas zu wenig darüber orientiert, daß er im Ausland als der vornehmste Vertreter der deutschen Wissenschaft gilt, und daß sein Name dort für die Geltung Deutschlands auf geistigem und kulturellem Gebiet wirbt.

Einstein war einer der wenigen Deutschen, deren bloße Existenz die geistige Blockade um Deutschland unmittelbar nach dem Kriegsende verschwinden half. Als Deutscher wurde er bei der Verleihung des Nobelpreises gefeiert. Als Deutscher ist er auch Ehrenmitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften, Ehrenprofessor und Ehrendoktor vieler Universitäten, nicht zuletzt Inhaber des Pour le Merite-Ordens und es bedeutet einen großen Schlag, moralischen wie sachlichen für die deutsche Wissenschaft, daß Einstein nunmehr Deutschland verläßt.

Zwar löst er seine Verbindung mit Deutschland nicht, zwar beabsichtigt er seine Ferien künftighin in der Heimat zu verbringen, aber seine Arbeitsstätte wird nicht mehr auf deutschem Boden liegen. Der Mann, dessen Name neben dem Newtons genannt wird, wird künftighin im Rahmen der amerikanischen Wissenschaft wirken.

Die Gerüchte um Einstein und um seine Übersiedlung aus Deutschland tauchten in den letzten Jahren immer wieder auf. Sie wurden bis jetzt stets von Einstein dementiert. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle Vermutungen darüber zu äußern, was Einstein bewogen haben mag, auf den amerikanischen Vorschlag einzugehen und Deutschland zu verlassen. Im Auslande wird der Abgang Einsteins auf jeden Fall so kommentiert, daß für den großen Gelehrten kein Platz in Deutschland ist. Dies ist nun einmal so, und keine Dementis würden etwas daran ändern.

Albert Einstein ist in Ulm geboren, in München aufgewachsen, kam mit 15 Jahren nach der Schweiz, wurde dort Expert am eidgenössischen Patentamt in Bern, später Professor an der Universität Zürich und nach einem einjährigen Prager Intermezzo Professor an der Züricher Technischen Hochschule. Erst 1914, im Alter von 35 Jahren, wurde er nach Berlin berufen, wo er als Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften, als Direktor des Kaiser Wilhelm-Instituts für Physik sowie als Universitätsprofessor wirkte. Es dürfte ihm selbst nicht leicht sein, sein Wirkungsfeld nunmehr von Grund auf zu ändern, um es nach Amerika zu verlegen. Es darf angenommen werden, daß die Absicht Einsteins, Deutschland zu verlassen an maßgebenden Stellen in Deutschland genügende Beachtung findet. —i.—

Das „königliche Haus“ Amerikas.

Familie Roosevelt privat.

Das amerikanische Volk war von jeher stolz darauf, den freiheitlichsten Staat der Welt gegründet und ausgebaut zu haben. Amerika kennt keine Dynastien, keinen Geburtsadel und keine Titel. Aber gleichzeitig lebt, tief verborgen in der Seele jedes Durchschnittsamerikaners die stille Sehnsucht nach königlichem Glanz.

Nach allgemeiner Überzeugung wird bei der kurz bevorstehenden Präsidentschaftswahl der Kandidat der Demokraten, Franklin Roosevelt, den Sieg davontragen. Sollte er tatsächlich in das Weiße Haus von Washington seinen Einzug halten, so würde er diesen Erfolg weniger seinen persönlichen Eigenschaften zu verdanken haben, als der Tatsache, daß der Name Roosevelt in den Herzen von Millionen amerikanischer Bürger von einem wahrhaft königlichen Schimmer umgeben ist. Die Roosevelt-Tradition ist in der Geschichte des amerikanischen Volkes fest verankert. Seit den holländischen Kolonialzeiten haben die Träger dieses Namens die amerikanische Welt wiederholt beschäftigt. Seine historische Größe verdankt aber dieser Name dem Präsidenten Theodor Roosevelt, der ihn mit unauslöschbaren Buchstaben nicht nur in die Geschichte Amerikas, sondern auch in die Gedanken- und Vorstellungswelt jedes Amerikaners schrieb.

Theodor Roosevelt war das verkörperte Sinnbild aller Tugenden des amerikanischen Volkes. Er war und bleibt der Traum der jungen amerikanischen Generation. Der „große Theodor“ war, bevor er zum höchsten Amte seines Landes berufen wurde, Krieger, Jäger und Forschungsreisender. Im spanisch-amerikanischen Kriege stürmte er an der Spitze seines Regiments der „rauhen Ritter“, ohne den Befehl zum allgemeinen Angriff abzuwarten, den von spanischen Truppen besetzten Hügel hinauf. Über seine tolldreisten Löwen- und Tigerjagden im afrikanischen Urwald lasen die Amerikaner in ihren Zeitungen mit atemraubender Spannung. Und noch auf einem Gebiete, das dem amerikanischen Manne von der Straße stets naheliegt, ließ sich der Präsident bewundern. Er war ein glänzender Boxer. Während seiner Präsidentschaft tauchten professionelle Ringmeister wiederholt im Weißen Hause auf, um sich mit dem „großen Theodor“ zu messen. Dem Leichtgewicht-Weltmeister Mike Donovan schlug der Präsident bei einem Boxtreffen das Auge aus, um sich dann seines geschlagenen Gegners in der großzügigsten Weise anzunehmen. Im amerikanischen Volksmunde wurde er mit dem Spitznamen „Big Stick“, d. h. „Großer Knüppel“ genannt, und die illustrierten Zeitschriften jener Zeit stellten Präsident Roosevelt am liebsten als Hünengestalt mit einem Herkulesknüppel in der Hand dar.

Seine Nachkommen waren stets bemüht, die althergebrachte Roosevelt-Tradition aufrecht zu erhalten. Alle Roosevelts nehmen in der amerikanischen Öffentlichkeit eine hervorragende Stellung ein. Theodor Roosevelt jun. ist Gouverneur der Philippinen. Kermit, der zweite Sohn des ehemaligen Präsidenten, leitet ein großes Schiffahrtsunternehmen. Quentin Roosevelt fiel im Weltkriege. Archie Roosevelt zeichnete sich durch seine hervorragende Tapferkeit im Kriege aus. Alice, die Tochter des „großen Theodor“, galt bei Lebzeiten ihres Vaters als inoffizielle Prinzessin von Amerika und nach seinem Tode als erste Lady ihres Landes. Sie war als junges Mädchen das vergötterte und verhätschelte Idol des amerikanischen Volkes und genießt heute noch den Ruf der feinsten und einflußreichsten Dame Washingtons.

Franklin Roosevelt, der Präsidentschaftskandidat, ist ein Vetter des „großen Theodor“. Er ist ein Krüppel. Dieser großgewachsene Mann mit mächtigen Schultern und dem Aussehen eines Kämpfers kann sich nur mit Mühe fortbewegen. Vor elf Jahren wurde Franklin Roosevelt von der infantilen Paralysis betroffen, einer Krankheit, die damals in USA große Ausbreitung fand und zu einer Plage des Landes zu werden drohte. Die ärztliche Kunst gab den todkranken Mann auf. Sein eiserner Organismus und der ungebrochene Wille verhalfen ihm, die Krankheit zu überwinden. Der damals 39jährige, der vor dem Krankheitsanfall als einer der besten Athleten der Vereinigten Staaten galt, mußte aber seine Beine in Eisenschienen stecken und vermochte ohne Stock keinen Schritt mehr zu machen.

Der weitere Lebenslauf Franklin Roosevelts war ein glänzender Beweis dafür, daß ein starker Geist die schwersten körperlichen Hemmungen überwinden kann. Auf dem verantwortlichen Posten des Gouverneurs des Staates Newyork legte Franklin Roosevelt ein solches Maß von Initiative und Arbeitsfähigkeit an den Tag, wie es von einem körperlich Ungebrochenen nur selten erreicht wird.

Die Wahlkampagne in Amerika wird stets mit den rücksichtslosesten Mitteln geführt. Auch diesmal zögerten die Gegner Roosevelts nicht, ihn vor dem Lande als untauglichen Paralytiker hinzustellen. „Sie dürfen nicht einen schwerkranken Mann ins Weiße Haus schicken.“ In diesem Satz gipfelte die Wahlpropaganda der Republikaner. Das Ergebnis dieses Wahlfeldzuges stand in direktem Gegensatz zu den Erwartungen. Roosevelt zog selbst aus, um auf einer Wahltournée durch zwanzig Bundesstaaten zu reisen. Er eroberte für sich solche Bezirke, die von jeher als feste Burgen der republikanischen Partei bekannt waren. Nicht, weil er ein gewaltiger Führer oder ein politisches Genie ist, sondern weil er eine Eigenschaft ins Feld führen kann, die sein Gegenspieler Hoover nicht besitzt: **Er ist Träger eines königlichen Namens.**

Wirtschaftliche Rundschau.

Deutschlands Außenhandel im September.

Deutschlands Handelsbilanz schließt im September mit einem Ausfuhrüberschuß von 84 Mill. Rm. gegen 97 Mill. Rm. im August dieses Jahres ab. Die Ausfuhr ist von 428,2 Mill. Rm. im August auf 443,8 Mill. Rm. im September gestiegen, gleichzeitig aber hat sich auch die Einfuhr von 331,5 im August auf 360,2 Mill. Rm. im September erhöht.

Die Preisbewegung an den Weltmärkten ist zum ausschlaggebenden Faktor für die Gestaltung des deutschen Außenhandels geworden (in anderen Ländern liegt der Fall ähnlich). Während die Preise für Fertigwaren eine sinkende Tendenz im September aufwiesen, sind die Preise für Rohstoffe, die den Hauptposten der deutschen Einfuhr bilden, stärker gestiegen. So konnte trotz der Saisonbelebung die Ausfuhr von Fertigfabrikaten im Erlös nicht zum Ausdruck kommen. Diejenigen verarbeitenden Industrien, deren Rohstoffe in der Hausse liegen, haben einen zunehmenden Auftragseingang zu verzeichnen, so daß sie gezwungen sind, ihre Rohstoffläger zu ergänzen. Deswegen ist die Einfuhr wertmäßig gestiegen. Für Rohstoffe ergibt sich eine Einfuhrzunahme von 8 Prozent dem Werte und der Menge nach, eine Tatsache, die auch als konjunkturell nicht ungünstig zu bewerten ist. Dieser Erscheinung steht aber die Tatsache der sich öffnenden Preisschere zwischen Rohstoffen und Fertigwaren gegenüber, die sich nicht zuletzt in der Bilanz des Außenhandels geltend macht.

*

In dem Devisenkonflikt, der zwischen Deutschland und Italien auf Grund der angesagten deutschen Kontingente entstanden ist, ist eine Wendung eingetreten, die darauf schließen läßt, daß eine vollständige Einigung in der Frage der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen dieser Länder eintreten wird. Wie WTB aus Rom meldet, stehen die Verhandlungen über eine Beilegung des Devisenkonflikts aussichtsreich. Es kann damit gerechnet werden, daß in kürzester Zeit eine Einigung über die beiderseitige Devisenregelung erzielt werden wird. In der Kontingentfrage hat die deutsche Delegation die Pläne der Deutschen Regierung mitgeteilt, und es hat eine eingehende Aussprache darüber mit den Vertretern der Italienischen Regierung stattgefunden. Dabei ist auch die Frage etwaiger Kompensationen erörtert worden. Die deutsche Delegation hat sich vorbehalten, der Deutschen Regierung nach ihrer Rückkehr nach Berlin über das Ergebnis der Besprechungen zu berichten.

Die deutsche Delegation für die Kontingentierungen wird sich von Rom nach Paris begeben.

Liquidation der „Deutschen Mittelstandskasse" in Polen.

Die im Jahre 1904 gegründete „Deutsche Mittelstandskasse" in Posen wurde seit November 1919 durch das „Bezirks-Bodenamt" (Okręgowy Urząd Ziemski) in Posen zwangsverwaltet. Durch einen am 14. September 1932 unterzeichneten Vertrag übernahm der Wojewode von Posen im Namen des Staatsfiskus alle Anteile der Gesellschaft, die bisher im Besitz deutscher Teilhaber gewesen sind (1,1 Millionen Mark), nachdem der Polnische Staat bereits im Jahre 1919 den Anteil des Preußischen Staates an der Deutschen Mittelstandskasse G. m. b. H. in Höhe von 400 000 Mark auf sich hat überschreiben lassen. Durch den erwähnten Vertrag vom 14. September dieses Jahres ist nunmehr der Polnische Staat alleiniger Besitzer der „Deutschen Mittelstandskasse" geworden.

Mit Rücksicht darauf, daß der Zweck, der in Vorkriegszeiten zur Gründung der Mittelstandskasse geführt hat (Ansiedlungsaktion) nicht mehr erreicht werden kann, entschied das Oberste Gericht in Warschau bereits durch Urteil vom 4. April 1929, daß die Gesellschaft aufzulösen sei. In Übereinstimmung mit diesem Urteil verfügte der Posener Wojewode nunmehr die Liquidation der Mittelstandskasse.

DPW.

Gründung einer Kreditversicherungs-Gesellschaft in Warschau.

In Warschau ist kürzlich eine „Kreditversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit" gegründet worden. Gründer der Gesellschaft sind u. a. Prof. Bigieleisen, Dr. Hepner, W. Purski, M. Downarowicz, B. Stern, Senator Dr. M. Wyrostek u. a.

In bezug auf den Zweck des Unternehmens wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Schrumpfung des Wechselgeschäfts, die bis vor kurzem noch den Mangel an Umlaufsmitteln bis zu einem gewissen Grade kompensiert habe, die Ursache der überaus starken Zahlungsunfähigkeit sei. Der Notenumlauf samt dem Umlauf an Hartgeld übersteige in Polen nicht die Ziffer von 1,5 Milliarden Złoty, während der jährliche Warenverkehr eine Summe von durchschnittlich 18 Milliarden erreiche.

Zweck der Gesellschaft sei es, ihre Mitglieder vor Verlusten zu versichern. Es werden Beträge infolge Zahlungsunfähigkeit irgend eines ihrer Schuldner zwischen 500 und 10 000 Złoty versichert. Die Gesellschaft wird das Recht der Rückversicherung bei ähnlichen ausländischen Gesellschaften erhalten.

DPW.

Schwierigkeiten bei Erlangung von Lombardkrediten für Getreide.

In diesem Jahre werden in Polen das vierte Mal Getreide-Lombardkredite von den hierzu legitimierten Bankinstituten ausgegeben. Die Landwirte, die auch in diesem Jahre von diesen Krediten Gebrauch machen wollten, stellen fest, daß ihre Erlangung von Jahr zu Jahr größere Schwierigkeiten macht. Zweck dieser Kredite ist bekanntlich die Vermeidung des Überangebots von Getreide nach der Ernte. Dieses Ziel läßt sich nach Ansicht der interessierten Kreise nur erreichen, wenn der Kredit rechtzeitig, d. h. sofort nach Einbringen der Ernte zur Auszahlung gelangt. In diesem Jahr erfolgte die Kreditausgabe einen ganzen Monat später als im Vorjahr, wodurch ihr Sinn und Zweck illusorisch wurde.

Die polnischen Landwirte führen aber auch Beschwerde darüber, daß der Kredit im laufenden Jahre nicht in voller Höhe, sondern nach Abzug der fälligen Raten der Saat- und Erntekredite, sowie der fälligen Grund-, Vermögens- und Gewerbesteuern für das zweite Quartal 1932 ausgezahlt wird. Mit dem Rest können in den meisten Fällen häufig noch nicht einmal die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden.

Wie bekannt, wurde in diesem Jahre auch der Zinssatz für diese Kredite von $7^1/_2$ auf $9^1/_4$ Prozent (gegenüber dem Vorjahr) erhöht, da für diesen Zweck nicht mehr billiges Auslandskapital zur Verfügung stand. Diese Zinshöhe ist jedoch, wie von seiten der Kreditnehmer erläutert wird, keineswegs mit der tatsächlichen Höhe identisch, da die Kosten des Kredits unter Einrechnung der verschiedenen Stempelabgaben und sonstiger Unkosten in Wirklichkeit 12 Prozent erreichen. Unter diesen Umständen sollen viele Landwirte in diesem Jahre auf die Inanspruchnahme der Getreidepfandkredite verzichtet haben.

DPW.

Deutsche Banken finanzieren Sowjetaufträge der polnischen Hütten. Wie sich die polnische Presse aus Berlin melden läßt, hat ein Konsortium großer deutscher Banken der Bismarckhütte, die im Namen der Interessengemeinschaft und der Vereinigten Königs- und Laurahütte auftrat, einen neuen Kredit in Höhe von 3 Millionen Mark zur Finanzierung der Hüttenlieferungen nach Rußland und Rumänien erteilt. Die Ostoberschlesischen Hütten übergeben den deutschen Banken das in ihrem Besitz befindliche Material an Sowjetwechseln zum Pfand.

Firmennachrichten.

h. **Strasburg** (Brodnica). Zwangsversteigerung des Stadtgrundstücks Gorzno (Górzno), Ausweis L. 78 (Geschäftshaus, Fleischerei, Schlachthaus, Speicher), Inh. Fleischermeister Józef Glabiszewski, am 2. November d. Js., 9 Uhr, im Burggericht Strasburg, Zimmer Nr. 40.

h. **Lautenburg** (Lidzbark). Zwangsversteigerung des Stadtgrundstücks Lautenburg (Lidzbark), Blatt 48 (zwei Wohnhäuser nebst Anbau, Viehställe, Ackerland und Wiese zusammen 0,73,71 Hektar), Inh. Landwirt Ignatz Kolakowski, am 7. Dezember d. Js., 10 Uhr, im Burggericht Lautenburg, Zimmer Nr. 39.

h. **Neumark** (Nowemiasto). Zwangsversteigerung des bebauten Landgrundstücks Bratian (Bratjan), Blatt 5 (Flächeninhalt 1,98,94 Hektar), Inh. Anna Vetter, am 2. Dezember d. Js., 10 Uhr, im Burggericht Neumark, Zimmer 10.

Wollnotierungen. Bromberg, 15. Oktober. Großhandelspreise loko Station Bromberg für 50 Kg. in Złoty: Ungereinigte Einheitswolle „Merino" 1. Qual. 90—100, 2. Qual. 75—85, 3. Qual. 45—50. Tendenz: ruhig.

Das Zuckerkartell und der Verbraucher.

Wirtschaftspsychologie der Zuckerindustrie Polens.

Das Verhältnis zwischen der polnischen Zuckerindustrie und dem Verbraucher am Inlandsmarkte ist bereits so vielen Erörterungen unterzogen worden, daß nichts überflüssiger erscheint, als dieses Thema wieder aufzufrischen. Der polnische Konsument hat unzählige Male durch seine Sprachorgane einen Sturmlauf gegen die Stellung unternommen, die das polnische Zuckerkartell auf uneinnehmbarer Höhe besetzt hält. Wenn in letzter Zeit die Benachteiligung des einheimischen Konsumenten nicht allzu kraß und ungerechtfertigt gewesen wäre, dann wäre der geringfügige Eingriff in die Preispolitik des polnischen Zuckerkartells wahrscheinlich auch heute noch nicht erfolgt. Wir nennen den Eingriff geringfügig, weil die nach harten Kämpfen mit dem Zuckerkartell in Polen **durchgeführte Preissenkung nichts weiter als eine Kleinigkeit im Vergleich zu dem tatsächlichen Volkseinkommen ist, das die Zuckerindustrie Polens bis dahin in unverhältnismäßig hohem Maße in Anspruch genommen hat.**

Trotzdem müssen die wenig guten Beziehungen zwischen dem einheimischen Absatzmarkte und dem polnischen Zuckerkartell und seinen Vorrechten wieder in Erinnerung gebracht werden, wenn man jetzt den Jahresbericht des polnischen Zuckerindustrieverbandes über die verflossene Zuckerkampagne in Polen liest. Von besonderer Bedeutung ist darin der Abschnitt, der sich mit der vor längerer Zeit in großzügiger Weise in die Wege geleiteten Zuckerpropaganda befaßt. Wir lesen darin, daß dieser Reklamefeldzug im letzten Arbeitsabschnitt die Summe von 640 000 Złoty gekostet hat. Gemessen an dem Umsatz am Inlandsmarkte (die Absatzfrage am Auslandsmarkte und die daraus sich ergebende Benachteiligung des Innenmarktes soll hier nicht berührt werden) darf diese zunächst ungeheuer erscheinende Summe nicht allzu tragisch genommen werden, um so mehr, da der Bericht zugleich den Beweis liefert, wie sehr sich eine solche Ausgabe rentiert habe. Der Bericht trägt deutlich den Stempel der Genugtuung darüber, daß andere Absatzgüter (auch die kartellierten) einen ungeheuren Absatzrückgang zu verzeichnen haben, **während dank der zielbewußten Propaganda der Rückgang im Zuckerabsatz nicht diese katastrophalen Formen angenommen habe.** Es heißt darin:

Der Verbrauchsrückgang im Lande stellt sich für Zement mit 55,2 Prozent, für Zündhölzer mit 27 Prozent, für Tabak mit 19 Prozent, für Speisesalz mit 6,2 Prozent, für Spiritus mit 46,9 Prozent, für Bier mit 43,5 Prozent, für Stahl mit 50 Prozent, für Rohstoffe mit 61 Prozent, und für Zucker mit 13,2 Prozent dar. Berücksichtigt man nicht den Rückgang von Stahl usw., sondern analysiert den Rückgang im Verbrauch der sogenannten „Halb-Luxusartikel" (dem Preise nach gehört der Zucker auch zu diesen), dann ergibt sich die Tatsache, daß im Durchschnitt der Verbrauch von Zündhölzern, Tabak, Spiritus und Bier 34 Prozent beträgt. Wenn man voraussetzt, daß der Zucker ohne Propaganda den gleichen Rückgang erfahren haben würde, dann würde der Verlust 20 Prozent betragen. Dies käme einer Menge von 300 000 To. im Werte von 60 Millionen Złoty gleich.

Mit anderen Worten: der Propagandafeldzug hat einen sichtbaren Zweck gehabt. In dieser Propaganda ist natürlich auch der Kampf gegen andere Süßstoffmittel (Sacharin) mit einbegriffen, wozu bekanntlich der Staat die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Wir haben in Polen mehr als 4000 Strafsachen gehabt, die wegen unerlaubten Gebrauches von anderen Süßstoffmitteln hervorgerufen worden sind.

Den Ausführungen des Arbeitsberichtes könnte man bis dahin ernst gegenüberstehen, weil darin die „kaufmännische Tüchtigkeit" der Leiter des Zuckerkartells hervorgehoben wird, die es verstanden haben, in einer Zeit der allgemeinen Depression die Fahne ihres Kartells hochzuhalten. Natürlich kann ein solcher Bericht nicht die Kehrseite der Medaille berücksichtigen, er kann nicht davon sprechen, daß dieser „günstige Abschluß" auf wirtschaftlichen Vorrechten beruht, die dem Volkseinkommen größere Kräfte entziehen, als sie zu verantworten sind, er verschweigt, daß seine steifen Preise am Innenmarkt eine diktatorische Kraft haben, der sich der Abnehmer fügen muß.

Und nun kommen andere Tatsachen in Erscheinung. **Die Senkung des Zuckerpreises hat das Zuckerkartell veranlaßt, die nötigen Ausgaben für die Propaganda einzustellen und mit dem 1. Oktober d. J. jegliche Reklame zur Stützung des Absatzes am Inlandsmarkte zu unterlassen.** Dem Personal wird gekündigt und das bis dahin unterhaltene Propagandabureau aufgelöst. Sehr richtig betont hier die „Gazeta Polska", daß diese Erscheinung die wirklichen Beziehungen zwischen dem Zuckerkartell und dem polnischen Konsumenten offenbare.

Nichts beleuchtet die Psychologie des Zuckerkartells besser als diese Tatsache. Das Kartell verzichtet einfach auf jede weitere Propaganda deswegen, weil die Preise gegen seinen Willen herabgesetzt worden sind. Die eigenartige Auffassung von der Rentabilität der Preise hat das Kartell dazu verführt, nicht etwa um die Eroberung des Konsumenten bemüht zu sein, sondern ihn als Objekt zu werten, das nur dazu geschaffen ist, die von der Regierung gebilligten Preise anzunehmen. Jedes andere Unternehmen, das auf dem Spiel von Angebot und Nachfrage beruht, setzt alle seine Kräfte ein, beim Preisnachlaß einen Ausgleich in der Steigerung des Umsatzes zu finden. **Das Zuckerkartell braucht nicht den Absatz, sucht nicht den Konsumenten, sondern will den hohen Preis, der bei möglichst geringer Anstrengung hohe Einnahmen gibt.** Eine nahezu typische Erscheinung für den Aufbauwillen an einer kranken Volkswirtschaft! Wie wenig berechtigt eine solche Haltung außerdem ist, geht daraus hervor, daß der Zuckerpreis nach hartem Kampfe endlich um 15 Groschen pro 1 Kg. herabgesetzt wurde, daß aber gleichzeitig die Zuckerfabriken die Preise für die Rüben (wir zitieren den Beschluß der Zuckerfabrik Nakel) von 4,20 Złoty auf 2,50 Złoty pro Dz. gesenkt haben. Im Jahre 1926 betrug der Rübenpreis noch 8 Złoty pro Dz.

Es ist undenkbar, daß eine Volkswirtschaft und eine wirtschaftspolitisch gesund denkende Regierung diese Herrschaft der allzusteifen Preise des Zuckerkartells tragen können. Viele Jahre einer solchen stets geduldeten und vielfach geförderten Politik zeitigen jetzt für die Volkswirtschaft (insbesondere für die Landwirtschaft) verderbliche Erscheinungen. Nichts wäre angebrachter, als die Zuckerpreise mehr den tatsächlichen Erfordernissen des Innenmarktes anzugleichen, und daß das Zuckerkartell dann die Mühen um die Steigerung des Innenverbrauches aufnähme. **Der Staat täte ein übriges, wenn er die Zuckerakzise dem Preisrückgang anpassen und nicht diese auf der jetzigen Höhe belassen würde. Das Geschäftsprinzip des Zuckerkartells ist psychologisch verderblich für die Allgemeinheit.**

Forderungen der polnischen Landwirtschaft.

Vor einigen Tagen hielten im Zentralverband der polnischen Landwirtschaftsorganisationen 17 landwirtschaftliche Verbände eine Konferenz ab. Die Beratungen galten einer Vereinheitlichung der Richtlinien und einer Erweiterung des Programms der polnischen Getreide- und Agrarpolitik. Hauptthema der Konferenz war die Preisgestaltung für Agrarprodukte. Die auf diesem Gebiete bisher erzielten Resultate wurden als völlig unzureichend erklärt und der schwachen finanziellen Hilfe seitens der Polnischen Regierung zugeschoben. Der Preisindex für Landwirtschaftsprodukte soll innerhalb des letzten dreijährigen Zeitraums eine Senkung um 54 Punkte erfahren haben. Die Konferenz stellte folgende an die Polnische Regierung zu richtende Forderungen auf:

1. Senkung der Monopol- und Kartellpreise von Industrieartikeln.
2. Herabsetzung des Diskontsatzes der Bank Polski, der Kreditvermittlungsunkosten bei den Banken und Herabsetzung des privaten Zinssatzes, sowie schließlich Konvertierung der rückständigen kurzfristigen Verbindlichkeiten in langfristige Kredite.
3. Anpassung der Frachttarife auf den Staatsbahnen an das derzeitige Preisniveau der Agrarprodukte.
4. Senkung und Vereinheitlichung aller Gemeindeabgaben, die den Handel mit Agrarprodukten belasten und
5. Reform des Systems der Sozialversicherung in den westlichen Wojewodschaften durch Herabsetzung der gegenwärtig verbindlichen Sätze, die bisher die Landwirtschaft überaus schwer belasten.

Außer den genannten Punkten wurde ferner die Unterbindung der Einfuhr von Landwirtschaftsprodukten über Oberschlesien und Danzig nach Polen, des weiteren die Erhöhung des Zollschutzes für den Fischfang, die Einführung einer Ausfuhrprämie für Hafer, der aus den polnischen Ostgebieten stammt, und eine Herabsetzung der Börsenstandardtypen für Weizen gefordert.

Diese Forderungen sollen zur Grundlage einer Aktion der gesamten organisierten Landwirtschaft Polens gemacht werden.

DPW.

Das Ergebnis des Lubliner Hopfenmarktes. Der IV. Allpolnische Hopfenmarkt in Lublin wurde am 6. Oktober geschlossen. Die Beschickung der diesjährigen Messe belief sich auf 700 Zentner Hopfen, die einen Tag vor Schließung des Hopfenmarkts verkauft wurden. In den letzten Tagen machte sich eine erhöhte Nachfrage nach Hopfen bei mangelndem Angebot bemerkbar.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 17 Oktober auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt $7^1/_2$ %, der Lombardsatz $8^1/_2$ %.

Der Złoty am 15. Oktober. Danzig: **Ueberweisung 57,57 bis 57,68,** bar 57,54—57,70. Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,90—47,30. Prag: Ueberweisung 377,20—379,20, Zürich: Ueberweisung 58,00, London: Ueberweisung 30,75.

Warschauer Börse vom 15. Oktober. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 123,85, 124,16 — 123,54, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,45, 359,35 — 357,55, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 30,70, 30,85 — 30,55, Newyork 8,914, 8,934 — 8,894, Oslo —, Paris 34,98, 35,07 — 34,89, Prag 26,41, 26,47 — 26,35, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,10, 172,53 — 171,67, Tallin —, Wien —, Italien 45,65, 45,87 — 45,43.

Freihandelskurs der Reichsmark 211,88.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 15. Oktober Geld	Brief	In Reichsmark 14. Oktober Geld	Brief
2,5 %	1 Amerika	4.209	4.217	4.209	4.217
2 %	1 England	14.485	14.525	14.485	14.525
2,5 %	100 Holland	169.38	169.72	169.33	169.67
9 %	1 Argentinien	0.890	0.894	0.890	0.894
4 %	100 Norwegen	72.83	72.97	72.88	73.02
4 %	100 Dänemark	75.12	75.28	75.12	75.28
6.5 %	100 Island	65.53	65.87	65.53	65.67
3.5 %	100 Schweden	74.43	74.57	74.43	74.57
3.5 %	100 Belgien	58.45	58.57	58.44	58.56
5 %	100 Italien	21.55	21.59	21.55	21.59
2.2 %	100 Frankreich	16.51	16.55	16.505	16.545
2 %	100 Schweiz	81.22	81.38	81.19	81.35
6.5 %	100 Spanien	34.47	34.53	34.47	34.53
—	1 Brasilien	0.294	0.296	0.294	0.296
5.84 %	1 Japan	0.989	0.991	0.989	0.991
—	1 Kanada	3.846	3.991	3.826	3.834
—	1 Uruguay	1.738	1.742	1.738	1.742
4.5 %	100 Tschechoslowak.	12.465	12.485	12.465	12.485
6.5 %	100 Finnland	6.254	6.266	6.524	6.266
5.5 %	100 Estland	110.59	110.81	110.59	110.81
6 %	100 Lettland	79.72	79.88	79.72	79.88
6.5 %	100 Portugal	13.19	13.21	13.19	13.21
9.5 %	100 Bulgarien	3.057	3.063	3.057	3.063
7.5 %	100 Jugoslawien	5.794	5.806	5.894	5.906
6 %	100 Oesterreich	51.95	52.05	51.95	52.05
6 %	100 Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
4 %	100 Danzig	81.92	80.08	81.92	82.08
9 %	1 Türkei	2.008	2.012	2.008	2.012
11 %	100 Griechenland	2.587	2.593	2.587	2.593
—	1 Kairo	14.865	14.905	14.865	14.905
7 %	100 Rumänien	2.517	2.523	2.517	2.523
—	Warschau	46.90	47.30	46.90	47.30

Züricher Börse vom 15. Oktober. (Amtlich.) Warschau 58,00, Paris $20,32^3/_8$, London 17,83, Newyork 5,18, Brüssel 71,95, Italien 26,51, Spanien $42,42^1/_2$, Amsterdam $208,27^1/_2$, Berlin $123,12^1/_2$, Stockholm 91,60, Oslo 89,60, Kopenhagen 92,50, Sofia 3,74, Prag 15,35, Belgrad 6,70, Athen 3,10, Konstantinopel 2,46, Bukarest 3,07, Helsingfors 7,67, Buenos Aires 1,12, Japan —.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zł., do. kl. Scheine 8,87 Zł., 1 Pfd. Sterling 30,50 Zł., 100 Schweizer Franken 171,42 Zł., 100 franz. Franken 34,84 Zł., 100 deutsche Mark 210,00 Zł., 100 Danziger Gulden 172,97 Zł., tschech. Krone —,— Zł., österr. Schilling —,— Zł.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 15. Oktober. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen 30 to . . . 15.40

Richtpreise:

Weizen, neu	23.25—24.25	Sommerwicke	—.—
Roggen, neu	15.00—15.30	Blaue Lupinen	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	14.50—15.00	Gelbe Lupinen	—.—
Mahlgerste 68 kg	15.00—15.75	Raps	37.00—38.00
Braugerste	17.50—19.00	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Hafer	14.75—15.00	Senf	39.00—45.00
Roggenmehl (65%)	23.25—24.25	Blauer Mohn	90.00-100.00
Weizenmehl (65%)	36.75—38.75	Roggenstroh, lose	—.—
Weizenkleie	9.00—10.00	Roggenstroh, gepr.	—.—
Weizenkleie (grob)	10.00—11.00	Heu, lose	—.—
Roggenkleie	8.75—9.00	Heu, gepreßt	—.—
Winterrübsen	35.00—40.00	Netzeheu, lose	—.—
Peluschken	—.—	Netzeheu, gepr.	—.—
Felderbsen	—.—	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	21.00—24.00		
Folgererbsen	33.00—36.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 405 to, Weizen 180 to, Gerste 30 to, Hafer 75 to, Roggenkleie 30 to, Roggenmehl 75 to, Viktoria-Erbsen 25 to, Speisekartoffeln 75 to, Fabrikkartoffeln 180 to.

Danziger Getreidebörse vom 15. Oktober. (Nichtamtlich. Weizen, 128 Pfd., weiß 14,75, 124 Pfd., rot und bunt 14,00, Roggen 9,60—9,80, Braugerste 10,25—11,00, Futtergerste 9,25—10,00, Hafer 8,75—9,25, Viktoriaerbsen 14,00—16,75, grüne Erbsen 18,50—24,50, Roggenkleie 6,00, Weizenkleie 6,50 G. per 100 kg frei Danzig.

Die Marktlage ist unverändert bis auf Mohn und Senf. Diese Artikel liegen sehr fest.

Futtermittel unverändert.

Oktober-Lieferung.

Weizenmehl, alt 25,50 G., 60% Roggenmehl 17,25 G. per 100 kg, bessere Mehlmarken darüber.

Berliner Produktenbericht vom 15. Oktober. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—76 Kg. 199,00—201,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 157,00 bis 159,00, Braugerste 175,00—185,00, Futter- und Industriegerste 167,00—174,00, Hafer, märk. 135,00—139,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 25,00—28,50, Roggenmehl 20,30—22,80, Weizenkleie 9,40—9,75, Roggenkleie 8,40—8,80, Raps —,—, Viktoriaerbsen 22,00—26,00, Kleine Speiseerbsen —,—, Futtererbsen 14,00 bis 17,00, Peluschken —,—, Ackerbohnen —,—, Wicken 17,00—20,00, Lupinen, blaue —,—, Lupinen, gelbe —,—, Serradella —,—, Leinkuchen 10,30—10,50, Trockenschnitzel 9,20—9,50, Soya-Extraktionsschrot 10,50, Kartoffelflocken —,—.

Gesamttendenz anhaltend.

Butternotierungen. Warschau, den 15. Oktober. Großhandelspreise der Butterkommission für 1 Kilogramm in Złoty: Prima Tafelbutter 4,10, Dessertbutter 3,40, gesalzene Molkereibutter 3,40, Landbutter 2.90. Im Kleinhandel werden 15 Prozent Aufschlag berechnet. Tendenz: schwankend.

Viehmarkt.

Warschauer Viehmarkt vom 15. Oktober. Die Notierungen für Hornvieh und Schweine betrug für 100 kg Lebendgewicht loco Warschau in Złoty: junge, fleischige Ochsen —,—; junge Mastochsen —,—; ältere, fette Ochsen —,—; Mastkühe —,—; abgemolkene Kühe jeden Alters —,—; junge, fleischige Bullen —,—; fleischige Kälber —,—, gut genährte Kälber 120—125; kongreßpolnische Kälber 80—85; Schafe —,—; Speckschweine von über 150 kg 120—130; von 130—150 kg 105—115; fleischige Schweine von 110 kg 85—100.